

GESCHÄFTSBERICHT 1997

Arbeitsmarktservice
Österreich

INHALT

Vorworte	2
1997 auf einen Blick	4
Die Arbeitsmarktlage	6
Die Ziele 1997	8
Die Vermittlung	10
Die Förderung	14
„Der Jugend eine Chance“	18
Die Existenzsicherung	20
Die Ausländerbeschäftigung	21
Der Personalbericht	22
Interne Projekte	23
Der Finanzbericht	24
Die Organisation	33

VORWORTE

Läßt man die Medienberichte des vergangenen Jahres Revue passieren, dann war 1997 ein Jahr mit dramatischen Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Erinnert sei vor allem an die Pressemeldungen über den prognostizierten Anstieg an lehrstellensuchenden Jugendlichen, die fast ein halbes Jahr lang die Berichte über den Arbeitsmarkt dominierten. Bei nüchterner Betrachtung der Daten zeigte sich allerdings, daß die Entwicklung schließlich nicht so dramatisch wie befürchtet war und daß massive Verschlechterungen durch arbeitsmarktpolitische Interventionen abgefedert werden konnten. So gelang es, die Lehrstellenproblematik nicht zuletzt durch das rasche und zielgerichtete Reagieren des AMS auf die Anforderungen aus der Politik wesentlich zu entschärfen.

Betrachtet man die Ergebnisse der Arbeit des AMS im vergangenen Jahr anhand des Controllingberichtes, so fällt auf, daß zwei von drei Zielen, die erreicht beziehungsweise sogar übertroffen wurden, im unmittelbaren und ausschließlichen Kompetenzbereich des AMS liegen. So wurde die Laufzeit der offenen Stellen um weitere 4 Tage verkürzt und der Rückstand bei den Leistungsanträgen stark reduziert. Das dritte Ziel, die Anpassung der Arbeitskräfte an den strukturellen Wandel, wurde durch einen hohen Einsatz von Förder- und ESF-Mitteln erreicht. Dies zeigt, daß die Professionalisierung der Ziel- und Ablaufplanung im AMS gelungen ist, und ist Anreiz für das Arbeitsmarktservice, seine Organisation, Kommunikation und technische Ausstattung weiter zu verbessern und an neue Herausforderungen anzupassen.

So wurde 1997 auch der 1996 begonnene Corporate-Identity-Prozeß, der mit dem Logo und

der neuen Gebäude-Aussenkennzeichnung nur die Oberfläche des Cultural Change in Richtung Dienstleistungsunternehmen repräsentiert, erfolgreich vorangetrieben. Markt- und kundengerechte Gestaltung der Dienstleistungen, Qualitätsmanagement der Prozesse und Abläufe sowie Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Führungskräften und MitarbeiterInnen sind nur einige Schlagworte dazu. Zu den wesentlichsten Schritten, die in der Verbesserung der Dienstleistungen 1997 gesetzt werden konnten, zählen die Entwicklung des AMS-Dienstleistungskataloges mit überprüfbaren Qualitätsstandards und die Inbetriebnahme der neuen EDV im Bereich der Arbeitslosenversicherung, die das Service Versicherungsleistungen weiter verbessern wird.

Die Nutzung neuer Informationstechnologien im Sinne von Kundenorientierung steht auch im Mittelpunkt der Weiterentwicklung des EDV-Projektes AMS2000. Von weitreichender Bedeutung ist die strategische Grundsatzentscheidung zur konsequenten Nutzung neuer Medien und Netze, die 1997 gefällt wurde. Unter dem Gesichtspunkt der Selbstbedienung soll das Angebot an Kommunikationsdienstleistungen schrittweise weiter ausgebaut und damit mehr personelle Kapazität für qualitätvolle Beratung geschaffen werden.



Dr. Herbert Buchinger
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Herbert Böhm
Mitglied des Vorstandes

Rasch, flexibel und professionell hat das AMS 1997 auf die Probleme arbeitsloser Jugendlicher reagiert. Massive Verschlechterungen konnten durch arbeitsmarktpolitische Interventionen abgefedert werden. Trotz eines starken Anstiegs der Lehrstellensuchenden im Laufe des Jahres 1997 lag die Zahl der Lehrstellensuchenden Ende des Jahres um 21,7% deutlich unter jener Ende 1996. Die gesamte Organisation, die Organe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich mit der Frage der Lehrstellenförderung, aber auch der Frage von Alternativen sowie den Möglichkeiten der Erweiterung der beruflichen Perspektiven und Chancen von arbeitslosen Jugendlichen auseinandergesetzt. Die Wichtigkeit dieser Arbeit sei an dieser Stelle nochmals betont.


Das Arbeitsmarktservice verfügt seit 1995 über ein steigendes Arbeitsmarktförderungsbudget. Auch 1997 standen mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Die Aktivierung von passiven Mitteln für aktive Arbeitsmarktpolitik ist der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein wichtiges Anliegen. 1997 hat der Verwaltungsrat erstmalig eine Richtlinie zur Umsetzung der Besonderen Eingliederungsbeihilfe beschlossen. Ein wichtiger Schritt in der Aktivierung von Mitteln der Arbeitslosenversicherung für beschäftigungspolitische Anreize. Die Relation zwischen den zur Verfügung stehenden Arbeitsmarktförderungsmitteln, den weiterhin zunehmenden Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Zielsetzung des AMS, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wird das Arbeitsmarktservice auch zukünftig beschäftigen.

Ein anderes, aber nicht minder wichtiges Thema für den Verwaltungsrat war die Weiterentwicklung des Zielsteuerungssystems des Arbeitsmarktservice. Für alle an diesem Planungsprozeß Beteiligten ist dies ein permanenter Lern- und Entwicklungsprozeß. 1997 hat der Verwaltungsrat beschlossen, die bundesweiten Ziele durch ein Landes- und ein Regionalziel zu erweitern, das von den Landesdirektionen und den Regional-

beiräten beschlossen wird. Damit soll die Einbindung dieser regionalen Gremien in den Zielplanungsprozeß verstärkt gewährleistet werden.

Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und sozialer Ausschluß von immer größeren Gruppen aus der Gesellschaft können aber nur dann wirksam bekämpft werden, wenn die Anstrengungen der MitarbeiterInnen des Arbeitsmarktservice Österreich nicht nur von entsprechenden Möglichkeiten der Förderung, sondern vor allem von einer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik getragen werden, die sich nicht nur an den Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion orientieren. Die Aufnahme des Beschäftigungstitels in den Vertrag von Amsterdam und der nationale Aktionsplan für Beschäftigung geben gemeinsam mit der mittelfristigen eher optimistischen Wirtschaftsprognose Anlaß zur Hoffnung, daß Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren nicht mehr das beherrschende Thema des Arbeitsmarktservice bleiben muß.




Sektionschef Dr. Günther Steinbach
Vorsitzender des Verwaltungsrates

1997 AUF EINEN BLICK

Die internationale Arbeitsmarktlage

- Im Jahr 1997 hatte Österreich eine durchschnittliche Arbeitslosenquote nach Standards der Europäischen Union (eurostat) von 4,4% und behielt damit seine im internationalen Vergleich günstige Position.

Die österreichische Arbeitsmarktlage

- Die Beschäftigung lag mit 3,055.600 Personen um 0,3% über dem Vorjahreswert.
- Die Arbeitslosenquote (registrierte Personen) erhöhte sich im Jahresdurchschnitt von 7,0% auf 7,1%.
- Die Gesamtzahl der 1997 im AMS verfügbaren offenen Stellen (Abgänge im Jahr und Bestand am Jahresende) betrug 230.600 (1996: 230.000).
- 47.200 (1996: 36.500) Lehrstellensuchenden standen im AMS 25.600 (1996: 25.700) offene Lehrstellen gegenüber.
- Es wurden 687.700 (1996: 656.800) Zugänge in die Arbeitslosigkeit und 721.600 (1996: 706.400) Abgänge aus der Arbeitslosigkeit registriert.

Die AMS-Ziele 1997

- Rasche Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs sowie Sicherung der Einschaltung des Arbeitsmarktservice am Stellenmarkt.
- Beschäftigung durch Qualifizierung sichern.
- Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen und Langzeitarbeitslosigkeit verhindern.
- Integration von Berufsrückkehrerinnen und NotstandshilfebezieherInnen in den Arbeitsmarkt.
- Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit.
- Prompte Anweisung finanzieller Leistungen.

Die Zielerreichung 1997

- Drei Viertel der offenen Stellen wurden innerhalb eines Monats besetzt, der Zugang von offenen Stellen stabilisierte sich.

- Die Möglichkeit der Weiterbildung für Beschäftigte wurde von den Unternehmern stark in Anspruch genommen.
- Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist verstärkt gelungen. Das Präventivziel zur Reduzierung der Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit wurde jedoch verfehlt.
- Berufsrückkehrerinnen und NotstandshilfebezieherInnen wurden verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert.
- Der negative Trend bei der Jugendarbeitslosigkeit konnte durch eine deutliche Schwerpunktsetzung gebremst werden.
- Die Rückstände bei der Anweisung von finanziellen Leistungen wurden weiter stark reduziert.

Die Vermittlung

- 1997 wurden innerhalb eines Monats rund 2.600 offene Stellen mehr als im Vorjahr besetzt. Damit stieg der Anteil der innerhalb eines Monats besetzten offenen Stellen gegenüber 1996 von 74,8% auf 74,9%.
- Der Anteil der Beschäftigungsaufnahmen Langzeitarbeitsloser (über 6 Monate) an allen Beschäftigungsaufnahmen stieg von 11,5% auf 11,7%.
- Die Beschäftigungsaufnahmen von über 45-jährigen Arbeitslosen konnten um 1.951 Personen oder 3% erhöht werden.
- Bei behinderten Personen stieg die Beschäftigungsaufnahme von 28.072 auf 29.546 Fälle.
- Die Anzahl der Beschäftigungsaufnahmen von Arbeitslosen stieg von 415.440 auf 417.626 Fälle.

Die Förderung

- Die Förderausgaben betragen gegenüber 1996 um 1.358,30 Mio. S (+ 24,4%) mehr, also insgesamt 6.931,49 Mio. S
- Davon entfallen auf ESF-Ausgaben 1.726,99 Mio. S (25%).

- Mehr als 68% des Förderbudgets entfielen auf Qualifizierungsmaßnahmen, 25% auf Beschäftigungsmaßnahmen.
- Die höchsten Anteile an den Förderungsausgaben flossen regional betrachtet mit 21% der Mittel nach Wien, 19% in die Steiermark, 17% nach Niederösterreich und 16,5% nach Oberösterreich.
- Die eingesetzten Mittel verteilten sich auf 320.670 Förderfälle.
- Diese beträchtliche Steigerung des Aktivitätsniveaus bewirkt für das Jahr 1998 eine entsprechend höhere Vorbelastung und in der Folge einen entsprechend eingeschränkten Spielraum für die Bewilligung neuer Maßnahmen.

Die Existenzsicherung

- Im Jahresdurchschnitt bezogen 350.565 (1996: 363.168) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Insgesamt wurden 43,359 Mrd. S ausbezahlt.
- Die Anzahl der durchschnittlichen Rückstände bei den Leistungsanträgen fiel von 794 auf 568. Für die Leistungen wurden 925.325 (1996: 962.235) Anträge gestellt, wovon 34.620 (1996: 38.609) abgelehnt wurden. Die Zahl der Sanktionsfälle stieg um 2.621 auf 52.911.

Die Ausländerbeschäftigung

- Im Jahresdurchschnitt waren in Österreich 247.264 (1996: 257.178) bewilligungspflichtige AusländerInnen unselbständig beschäftigt.
- Im Durchschnitt waren 1997 27.532 AusländerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen. Das sind um rund 0,3% weniger als 1996, aber um rund 10% mehr als 1995.
- Vom AMS wurden 1997 insgesamt 216.000 (1996: 226.449) Anträge auf Erteilung/Ausstellung einer Bewilligung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz bearbeitet.

Der Personalbericht

- Im Jahr 1996 waren durchschnittlich 4.170,7 vollzeitbeschäftigte MitarbeiterInnen (Teilzeitbeschäftigte wurden auf Vollbeschäftigte umgerechnet) beschäftigt.
- 1997 nahmen an insgesamt fünf Lehrgängen

im Rahmen der neuen Grundausbildung 153 MitarbeiterInnen teil, von denen 62 ihre Grundausbildung bereits abgeschlossen haben.

Der Finanzbericht

- Gemäß § 46 AMSG i.V. mit § 42 Abs 1 AMSG wurden dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die entsprechenden Daten für den Rechnungsabschluß der Gebahrung Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt.
- Der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1997 wurde gemäß § 45 Abs 1 i.V. mit § 47 Abs 1 AMSG (BGBl 1994/313 idgF) nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Rechnungslegungsgesetzes 1990 für den eigenen Wirkungsbereich erstellt, vom Wirtschaftsprüfer geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Arbeitsmarktlage 1997

(Jahresdurchschnitte und Jahressummen)

704.959 Menschen waren 1997 von Arbeitslosigkeit betroffen. 417.626 Arbeitslose nahmen wieder eine Beschäftigung auf. 170.632 offene Stellen wurden über das AMS besetzt.

Arbeitslosenquote auf Registerbasis:

1997: 7,1% (1995: 7,0%)

Arbeitslosenquote auf Umfragebasis:

(eurostat.Mikrozensus)

1997: 4,4% (1995: 4,4%)

Bewegungen (Arbeitslosigkeit):

687.656 Zugänge (+30.903 oder +4,7%)

721.616 Abgänge (+15.167 oder +2,1%)

Verweildauer der Abgänge:

1997: 130 Tage (1995: 127 Tage)

Stellenangebot:

19.019 (-412 oder -2,1%)

Bewegungen (Stellenangebot):

222.881 Zugänge (+290 oder +0,1%)

211.682 Abgänge (-3.325 oder -1,5%)

Laufzeit der Abgänge:

1997: 29 Tage (1996: 33 Tage)

DIE ARBEITSMARKTLAGE

INTERNATIONALER VERGLEICH

Arbeitslosenquoten 1997 nach Kriterien der EU und ILO (durch Umfragen ermittelte arbeitslose und beschäftigte Personen, saisonbereinigte Werte):

Österreich*)	4,4%
Europäische Union*)	10,6%
BRD Gesamt*)	9,7%
Frankreich*)	12,4%
Schweden*)	10,2%
Vereinigtes Königreich*)	7,1%
USA*)	4,9%
OECD Gesamt**)	7,3%

Daten: *) eurostat, **) WIFO

Im Jahr 1997 hatte Österreich eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 4,4% und behielt damit seine im internationalen Vergleich günstige Position. Basis für diese Berechnungen sind vom ÖSTAT durchgeführte Umfragen zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit (Mikrozensus, Frühjahrserhebung) nach den Kriterien von eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union in Luxemburg). Die Europäische Union wies durchschnittlich eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote (10,6%) auf.

DIE ARBEITSMARKTLAGE IN ÖSTERREICH

Die Beschäftigung lag im Jahr 1997 mit 3.055.600 um 8.320 oder 0,3% höher als im Vorjahr. Da das Potential an Arbeitskräften um 11.160 oder 0,3% auf 3.288.900 anstieg und somit das Beschäftigungswachstum übertraf, nahm auch die Arbeitslosigkeit um 2.840 oder 1,2% auf 233.300 zu. Die Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen am Arbeitskräftepotential, das heißt an der Summe von Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten) erhöhte sich von 7,0% auf 7,1%.

Arbeitsuchende

Im Jahr 1997 verzeichneten die regionalen Geschäftsstellen des AMS 687.700 Zugänge in die

Arbeitslosigkeit. Im selben Zeitraum gab es 721.600 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Verweildauer der Abgänge betrug 130 Tage, um 3 Tage mehr als im Vorjahr. Im Laufe des Jahres 1997 waren 704.959 Personen zumindest einen Tag von Arbeitslosigkeit betroffen (1996: 708.765). Die Anzahl der Beschäftigungsaufnahmen von arbeitslosen Personen lag bei 417.626 (1996: 415.440).

Frauen – Männer

Die Zahl der arbeitslosen Frauen stieg um 2.286 oder 2,2% auf 104.768, die der arbeitslosen Männer um 555 oder 0,4% auf 128.580. Die Beschäftigung der Frauen war mit 1.315.993 um 7.499 oder 0,6% höher als vor einem Jahr, die Beschäftigung der Männer stieg nur leicht um 816 auf 1.739.576 an. Die Arbeitslosenquote der Männer war 1997 mit 6,9% niedriger als jene der Frauen (7,4%).

Wirtschaftssektoren

Im Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), in dem weniger als 1% der unselbständig Beschäftigten arbeiten, erhöhte sich die Beschäftigung um insgesamt 313 oder 1,2% auf 26.191. Die Arbeitslosigkeit betrug 3.843, die Arbeitslosenquote 12,8%. Im Sekundärsektor (Sachgütererzeugung, Bauwesen, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung), der rund 30% aller unselbständig Beschäftigten umfasst, verringerte sich die unselbständige Beschäftigung insgesamt nur leicht um 548 oder 0,1% auf 921.747. Die Arbeitslosigkeit betrug 85.274 und die Arbeitslosenquote 8,5%. Im Tertiärsektor (Dienstleistungen), in dem rund zwei Drittel aller unselbständig Beschäftigten tätig sind, gab es 1997 einen Beschäftigungszuwachs von 12.991 oder 0,6% auf 2.020.568. Die Arbeitslosigkeit betrug 135.620, die Arbeitslosenquote 6,3%.

AusländerInnen

1997 lag die Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte mit 27.532 um 73 oder 0,3% niedri-

ger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosigkeit der ausländischen Männer ging um 458 oder 2,4% auf 18.687 zurück, während die der ausländischen Frauen um 385 oder 4,6% auf 8.845 zunahm.

Berufe

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit nach Berufen ging 1997 im Vergleich zu 1996 auf Dienstleistungsberufe (ohne Fremdenverkehrsberufe) zurück: Dort erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 4.337 oder 4,3% auf 106.295. In Produktionsberufen (ohne Bauberufe) ging die Arbeitslosigkeit um 1.481 oder 2,1% auf 68.527 zurück. In Saisonberufen blieb die Arbeitslosigkeit mit einem Bestand von 58.526 praktisch unverändert (-13).

Alter

Nach Altersgruppen gab es im Vergleich zum Vorjahr bei den 50jährigen und Älteren eine Zunahme bei der Arbeitslosigkeit (um 4.814 oder 12,2%) und bei der Beschäftigung (bei den 50- bis 54jährigen um 2.139 oder 0,9% und bei den 55- bis 59jährigen um 8.791 oder 6,7%).

Bei den 15- bis unter 25jährigen nahm die Arbeitslosigkeit um 1.016 oder 2,6% ab wie auch bei den 25- bis unter 50jährigen, bei denen die Arbeitslosigkeit um 959 oder 2,6% abnahm. Die Beschäftigung nahm bei den 25- bis unter 30jährigen um 14.520 oder 3,1% ab, bei den 30- bis unter 40jährigen und bei den 40- bis unter 50jährigen jedoch zu (um 16.921 oder 1,8% bzw. um 13.586 oder 1,9%).

Ausbildung

Nach Ausbildungsstufen gab es 1997 den größten absoluten Anstieg der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr bei arbeitslosen Personen mit Lehrabschluß (um 1.135 oder 1,2%). Die Arbeitslosigkeit von Personen mit Abschluß einer berufsbildenden höheren Schule nahm mit 5,6% relativ am stärksten zu (absolut um 537). Relativ niedrig war die Zunahme der Arbeitslosigkeit von Personen mit Abschluß einer Pflichtschule (um 0,3% oder 330). Demgegenüber stehen die Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluß: Das mit Abstand höchste Risiko, ar-

beitslos zu werden, hatten 1997 nach wie vor die PflichtschulabsolventInnen mit einer Arbeitslosenquote von 12,8%, gefolgt von den LehrabsolventInnen (6,6%), dem BMS-(Fachschul-) AbsolventInnen (4,2%) und den MaturantInnen (3,5%). Die geringste Quote wiesen die AkademikerInnen auf (2,6%).

Offene Stellen

Die Gesamtzahl der 1997 verfügbaren offenen Stellen betrug 230.600, um rund 600 mehr als vor einem Jahr. Zugänge: 222.900 (1996: 222.600), Abgänge 211.700 (1996: 215.000).

Mit einem durchschnittlichen Angebot von 19.000 gemeldeten offenen Stellen gab es um 400 oder 2,1% weniger als im Vorjahr. Wesentlicher Faktor dafür war die niedrigere Laufzeit, die im Jahresdurchschnitt bei 29 Tagen lag und um 4 Tage kürzer war als im Vorjahr.

Lehrstellen

1997 gab es österreichweit etwa 40.200 Lehrstelleneintritte, somit eine deutliche Steigerung zum Vorjahr (37.100). Bei einem Gesamtangebot von 42.400 offenen Lehrstellen standen beim AMS 25.600 (1996: 25.700) offene Lehrstellen für rund 47.200 vorgemerkte Lehrstellensuchende zur Verfügung (= Abgänge im Jahr 1997 und offene Lehrstellen bzw. Lehrstellensuchende am Jahresende). Die Dienstleistungen des AMS nahmen nahezu alle Lehrstellensuchenden (wobei ein Teil auch an weiterführenden Schulausbildungen oder an sonstigen Arbeitsaufnahmen interessiert war) und zwei Drittel der Lehrbetriebe in Anspruch.

Arbeitslosenquoten 1997 regional in %

Burgenland	9,0
Kärnten	9,0
Niederösterreich	6,8
Oberösterreich	5,3
Salzburg	4,9
Steiermark	8,1
Tirol	6,3
Vorarlberg	6,1
Wien	8,3
Österreich	7,1

DIE ZIELE 1997

Auf der Grundlage der voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes 1997 setzte das Arbeitsmarktservice Schwerpunkte in seiner Tätigkeit.

Optimierung des Arbeitsmarktmatching
Durch rasche Stellenbesetzung und ein möglichst großes Angebot an offenen Stellen sollte der Vermittlungsprozeß unterstützt werden.

Unterstützung der Anpassung der Arbeitskräfte an den strukturellen Wandel
Zukunftsweisende Qualifizierung stellt den Schlüssel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit durch den Strukturwandel dar.
Das Sonderprogramm für Saisonarbeitskräfte sollte das Beschäftigungsniveau sichern.

Verhinderung von dauerhafter Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem
Die Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit stellten den präventiven Ansatzpunkt hierzu dar. Bereits Langzeitarbeitslose sollten verstärkt in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt integriert

werden; fokussierend wurden NotstandshilfebezieherInnen und BerufsrückkehrerInnen betreut.

Prävention von Jugendarbeitslosigkeit
Der berufliche Ersteinstieg von Jugendlichen sollte unterstützt werden, das Übertreten in die Langzeitarbeitslosigkeit möglichst verhindert werden.

Optimale Bereitstellung der behördlichen Dienstleistungen
Die finanzielle Existenz der Anspruchsberechtigten muß gesichert sein.

MASSNAHMEN UND AUSMASS DER ZIELERREICHUNG

Arbeitsuchende
Die sehr ehrgeizigen Zielsetzungen zur Reduzierung der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit wurden nicht erreicht, eine weitere Konzentration des Maßnahmenangebots ist für die Zukunft notwendig.

Zielsetzung	Istwert 1996	Zielwert 1997	Istwert 1997
Zugang offener Stellen	222.600	min. 222.100	221.861
Beschäftigung durch Qualifizierung sichern (SchulungsteilnehmerInnen)	30.476	min. 31.450	75.430
Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen	11.160	min. 11.280	12.336
Integration der NotstandshilfebezieherInnen in das Beschäftigungssystem (Zahl der sehr lange arbeitslos vorgemerkten NotstandshilfebezieherInnen)	25.931	nicht mehr als 7.533	10.327
Integration von BerufsrückkehrerInnen in den Arbeitsmarkt	28.052	min. 30.070	29.132
Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit (Zahl der Übertritte in Langzeitarbeitslosigkeit > 1 Jahr)	39.149	nicht mehr als 37.060	43.052
Integration der Lehrstellensuchenden in die Lehrausbildung sichern (Zahl der länger als 6 Monate Suchenden)	818	nicht mehr als 514	597
Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen (Zahl der Übertritte in längere Arbeitslosigkeit > 6 Monate)	14.875	nicht mehr als 13.160	14.457
rasche Stellenbesetzung (binnen einem Monat besetzte Stellen)	74,80 %	74,40 %	74,90 %
Verringerung der Rückstände bei der Anweisung von finanziellen Leistungen (Zahl der durchschnittlichen Rückstände)	568	nicht mehr als 570	370

Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt ist in gestiegenem Ausmaß gelungen. Bei den besonderen Personengruppen Jugendliche, BerufsrückkehrerInnen, NotstandshilfebezieherInnen mit geltendem Anspruch seit 1993 oder früher wurden deutliche Schwerpunkte mit gestiegenen finanziellen Ressourcen gesetzt. Diese haben den negativen Trend auch eindeutig gebremst.

Unternehmen

Die rasche Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft ist auch ein wesentlicher Faktor zur Verkürzung der Arbeitslosigkeit. Drei Viertel der Stellen konnten innerhalb eines Monats besetzt werden. Der Zielwert für den Zugang an offenen Stellen (222.100) wurde mit 221.861 fast genau erreicht.

Qualifizierung

Die Unternehmen haben die Möglichkeit der geförderten Schulung von MitarbeiterInnen sehr stark in Anspruch genommen, etwa 2,4 mal so viele Personen wie geplant konnten unter Beteiligung von ESF- und AMS-Mitteln an Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. Das Sonderprogramm Prävention von Saisonarbeitslosigkeit trug zur Erhöhung des Beschäftigtenstandes in der Bauwirtschaft bei, bauhandwerkliche Weiterbildungen wurden verstärkt gefördert.

Existenzsicherung

Die Existenzsicherung von Arbeitslosen ist eine Kernaufgabe des Arbeitsmarktservice. Zielsetzung des Service Versicherungsleistungen war daher die rasche Anweisung von Geldleistungen an Anspruchsberechtigte. Dies ist trotz gesteigener Arbeitslosenzahlen erreicht worden.



DIE VERMITTLUNG

BESETZUNG OFFENER STELLEN

	1995		1996		1997	
	%		%		%	
innerhalb 1 Monats	69,0	114.632	74,8	125.140	74,9	127.804
innerhalb von 2 bis 3 Monaten	22,5	37.281	19,1	32.032	19,5	33.345
nach 3 Monaten	8,5	14.130	6,1	10.122	5,6	9.483
GESAMT	100	166.043	100	167.294	100	170.632

BESCHÄFTIGUNGS-AUFNAHMEN ÄLTERER ÜBER 45

	1995	1996	1997
Arbeitslose über 45 Jahre	61.344	63.567	65.518
Anteil an allen Beschäftigungsaufnahmen (%)	44,8	45,4	44,8

Die Beschäftigungsaufnahmen von über 45jährigen Arbeitslosen konnten 1997 um 1.951 Personen (oder 3%) gesteigert werden, ihr Anteil an allen Beschäftigungsaufnahmen ist um 0,6 Prozentpunkte gesunken.

BESCHÄFTIGUNGS-AUFNAHMEN VON FRAUEN BIS 45 MIT MOBILITÄTSEINSCHRÄNKUNG

	1995	1996	1997
GESAMT	28.014	28.052	29.132

Bei der Vermittlung von Frauen mit Mobilitätseinschränkung (zumeist wegen fehlender Kinderbetreuungsplätze) ergab sich 1997 eine Steigerung um 1.080 Personen (oder 3,8%) gegenüber dem Vorjahr.

BESCHÄFTIGUNGS-AUFNAHMEN VON BEHINDERTEN PERSONEN

	1995	1996	1997
GESAMT	27.198	28.072	29.546
Anteil an allen Beschäftigungsaufnahmen (%)	6,5	6,8	7,1

Bei der Vermittlung von Personen mit physischen oder psychischen Vermittlungshemmnissen konnte eine Steigerung der Beschäftigungsaufnahmen 1997 um 1.474 Personen (oder 5,2%) gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Damit hat sich der Anteil von Beschäftigungsaufnahmen behinderter Personen an allen Beschäftigungsaufnahmen von 6,8% (1996) auf 7,1% (um 0,3 Prozentpunkte) gesteigert.

BESCHÄFTIGUNGS-AUFNAHMEN VON LANGZEITARBEITSLSEN

	1995		1996		1997	
	%	Gesamt	%	Gesamt	%	Gesamt
Verweildauer						
bis 6 Monate	89,7	375.036	88,5	367.848	88,3	368.731
über 6 Monate	7,7	32.072	8,8	36.432	8,7	36.559
über 12 Monate	2,6	10.859	2,7	11.160	3,0	12.336
Anteil an allen Beschäftigungsaufnahmen (%)	10,3	42.931	11,5	47.592	11,7	48.895

1997 konnte im Vergleich zu 1996 bei der Vermittlung Langzeitarbeitsloser eine Steigerung von 1.176 Personen (um 0,3%) erreicht werden. Auch der Anteil der Beschäftigungsaufnahmen Langzeitarbeitsloser an allen Beschäftigungsaufnahmen ist von 11,5% (1996) auf 11,7 % (1997) gestiegen.

SERVICE FÜR UNTERNEHMEN

Im Zuge der Entwicklung eines Dienstleistungskatalogs für die Kundengruppen des AMS wurden spezielle Dienstleistungen und dazugehörige, überprüfbare Qualitätsstandards für Unternehmen in den Bereichen „Information“, „Beratung“ und „Betreuung der offenen Stelle“ formuliert.

1997 meldeten 60.322 Unternehmen dem Arbeitsmarktservice offene Stellen. Die Zugänge von offenen Stellen konnten, trotz angespannter Marktbedingungen, leicht über dem Vergleichswert von 1996 gehalten werden und liegen mit einer Steigerung von 0,3% bei 223.286. Davon konnten 170.632 Stellen durch Aktivitäten der regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice besetzt werden, dies entspricht einer Steigerung um 2% gegenüber dem Vorjahr.

Der Anteil der innerhalb eines Monats besetzten offenen Stellen wurde 1997 geringfügig (um 0,1%) auf 74,9% erhöht. Das Service für Unternehmen konnte 1997 den Anteil der später als nach drei Monaten besetzten offenen Stellen um 0,5% senken und dadurch in diesem Bereich eine raschere Abdeckung des Bedarfs der Wirtschaft nach geeigneten Arbeitskräften bewirken.

SERVICE FÜR ARBEITSUCHENDE

Im Jahr 1997 verzeichneten die regionalen Geschäftsstellen des AMS 687.700 (1996: 656.800) Zugänge in die Arbeitslosigkeit und 721.600 (1996: 706.400) Abgänge aus der Arbeitslosigkeit.



„Aktion Aktiv“ abgeschlossen

1997 wurde die „Aktion Aktiv“ des AMS abgeschlossen. Zielgruppe dieser Aktion waren Notstandshilfe-BezieherInnen, deren Notstandshilfe-Anspruch erstmals 1993 oder früher zuerkannt wurde. Ziel der Aktion war die Integration von Langzeit-NotstandshilfebezieherInnen in den Arbeitsmarkt durch Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitstrainings, Maßnahmen der beruflichen Orientierung bzw. der aktiven Arbeitsuche u.a.

Das Ergebnis:

(vorgemerkte Personen der Zielgruppe)

STAND	ÖSTERREICH
Feb. 1996	26.905
Dez. 1996	15.056
Dez. 1997	13.586*

*Anmerkung: Personen, deren Notstandshilfe-Bezug unterbrochen wurde (Arbeit, Krankenstand, etc.), die jedoch keinen neuen Anspruch erwarben, kehrten in die Zielgruppe zurück.

EURES

1997 wurde die Zahl der EuroberaterInnen auf 18 erweitert, die mit den ca. 100 Eures-AssistentInnen das Netzwerk für EURES in Österreich darstellen. Besondere Aktivitäten zur Erhöhung des Stellenangebotes und der Vermittlungen wurden verstärkt in den Grenzregionen zu den EU-Ländern Deutschland, Italien und Norwegen gesetzt. Österreich liegt im Hinblick auf seit 1995 eingegebene Stellen hinter Deutschland an 2. Stelle, 17% aller Stellenangebote im EURES-Netzwerk wurden bisher von Österreich offeriert. Die Zahl der Stellenbesetzungen konnte in den Monaten November und Dezember auf 115 bzw. 390 gegenüber dem Vorjahr von 38 bzw. 76, insbesondere im Winter-Fremdenverkehr, deutlich gesteigert werden.

Mit Deutschland wurde über den Grenzaustausch hinaus auch eine Vereinbarung im Hinblick auf

höher qualifizierte Stellenangebote getroffen. Derzeit werden pro Jahr insgesamt von deutscher Seite etwa 50.000, von österreichischer etwa 8.000 Stellen zur Verfügung gestellt.

Das technische Netzwerk konnte auf österreichischer Seite durch die europaweite regionale Suchbarkeit beim SAMSOMATEN verbessert werden. Alle EuroberaterInnen wurden außerdem mit Internet-Anschluß ausgestattet, so daß nun auch Stellenangebote, die nicht über die EURES-Datenbank, sondern über Internet von den einzelnen EWR-Ländern angeboten werden, gesucht werden können.

BERUFSINFOZENTREN – BIZ

1997 wurde ein neues Konzept für die BerufsInfoZentren gestaltet, das die Erhöhung des Serviceangebotes für die BIZ-Kunden/innen im Sinne von Kundenorientierung und Transparenz der Dienstleistungen vorsieht.

Die Anzahl der BIZ-Standorte hat sich 1997 um 3 erhöht: Im Frühjahr 1997 wurde das BIZ Baden eröffnet, das BIZ Wolfsberg im November 1997. In Kärnten ist somit jeder Arbeitsmarktbezirk mit einem BIZ ausgestattet. Im Dezember 1997 wurde der 50. BIZ-Standort in Neunkirchen in Betrieb genommen.

Die Besucherzahlen belegen weiterhin die Attraktivität der BIZ: Im Jahr 1997 haben insgesamt 322.910 Personen (davon 54,6% Mädchen/Frauen) ein BIZ des AMS besucht, das sind um 12,1% mehr als im Jahr zuvor. An den rund 4700 BIZ-Veranstaltungen nahmen rund 90.000 Personen teil. Überwiegend handelt es sich dabei um Informationsveranstaltungen für Schulklassen, gefolgt von Informationsveranstaltungen für SchulungsteilnehmerInnen sowie Veranstaltungen zum Thema Berufsorientierung.

BIZ-Besucherstatistik

	1996	1997	Veränderung zum Vorjahr
Jugendliche	181.586	191.328	+ 5,4%
Erwachsene	106.566	131.582	+ 23,5%
Einzelpersonen	198.616	230.384	+ 16,0%
GruppenbesucherInnen	89.536	92.526	+ 3,3%
BESUCHER/INNEN GESAMT	288.152	322.910	+ 12,1%

SELBSTBEDIENUNG

Der Ausbau der Selbstbedienungsmöglichkeiten für die Kundinnen und Kunden des AMS hat zum Ziel, das Dienstleistungsangebot für Arbeitssuchende und für Unternehmen attraktiver zu gestalten und bei knappen AMS-Ressourcen eine weitere Erhöhung der Qualität bei Information, Beratung und Betreuung zu ermöglichen. Das bereits vorhandene Angebot an den Selbstbedienungsautomaten, genannt SAMSOMATen (teilweise mit Multimedia-Funktionen ausgestattet), und Selbstbedienungs-EDV-Geräten, die in allen Geschäftsstellen und BerufsInfoZentren und an frequentierten öffentlichen Plätzen und bei Schulungsträgern aufgestellt sind, wurde 1997 weiter ausgebaut. Österreichweit waren Ende 1997 über 250 SAMSOMATen im Einsatz.

Bis Ende 1997 wurden fast alle BerufsInfoZentren mit „BIZ-PCs“ ausgestattet. Diese multimedia-fähigen PCs sind speziell zur Selbstbedienung für die BesucherInnen von BerufsInfoZentren bestimmt und bieten verschiedene Informationsprogramme über Ausbildungsmöglichkeiten, Berufsfelder und wichtige Aspekte der Berufswahl.

Die Entwicklung eines weiteren Selbstbedienungsangebotes wurde im Herbst 1997 in Angriff genommen. Zur Jahresmitte 1998 soll das AMS im Internet sowohl für Unternehmen als auch für arbeitssuchende Personen in Selbstbedienung die Suche nach passenden BewerberInnen für Betriebe als auch die Suche nach geeigneten offenen Stellen durch Arbeitssuchende ermöglichen.



DIE FÖRDERUNG

DIE GEFÖRDERTEN PERSONEN*)

Die Mittel der Arbeitsmarktförderung von 6.931,49 Mio. S wurden 1997 für insgesamt 320.670 Förderfälle verwendet. Damit konnte gegenüber 1996 die Zahl der Förderfälle um 102.909 (+ 47%) erhöht werden. Diese Zunahme resultiert primär aus einer starken Ausweitung der Förderung der Schulung von Beschäftigten im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (+ 60.565 Förderfälle bzw. + 187%).

Weiters hat sich die Anzahl der TeilnehmerInnen an kursmäßigen Maßnahmen (insbesondere der Berufsorientierung und der aktiven Arbeitssuche mit relativ kurzen Verweildauern) erhöht (+ 25.530 Förderfälle bzw. + 102%). Eine deutliche Steigerung weisen die Maßnahmen für Jugendliche (Lehrausbildung und Berufsvorbereitung) sowie die Beschäftigungsbeihilfen an Betriebe aus. Der Frauenanteil beträgt rund 48% (1996: 47%) bei einem Anteil der Frauen an der Gesamtarbeitslosigkeit von 44,9%.

Auf den Bereich der Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose und Beschäftigte (inklusive Maßnahmen der Lehrausbildung, der Berufsorientierung und der aktiven Arbeitssuche) entfielen 271.681 Förderfälle (das sind 84,7%). Der Zugang an Personen, die sich in Schulung befinden, erhöhte sich von 57.629 (1996) auf 72.634. Gleichfalls erhöhte sich der durchschnittliche Bestand an Personen, die sich in Schulung befinden, um 4.239 auf 22.211.

Insgesamt wurde 27.126 Personen eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes während der

Teilnahme an einer Schulungsmaßnahme gewährt (1996: 32.469). Seit 1.7.1996 wird den TeilnehmerInnen an Maßnahmen der beruflichen Mobilität mit einer Dauer bis drei Monaten anstelle der Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes das Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe weitergewährt.

AUSGABEN FÜR DIE ARBEITSMARKTFÖRDERUNG*)

Im Rahmen des Bundesvoranschlags 1997 wurden für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen insgesamt 5.000 Mio. S vorgesehen. Davon entfielen 191,80 Mio. S auf Maßnahmen des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales – BMAGS (im wesentlichen Betriebsförderungen) und 4.808,20 Mio. S auf Maßnahmen des AMS. Unter Einbeziehung der zusätzlichen Mittel der Besonderen Eingliederungsbeihilfe (§ 34a AMMSG) in der Höhe von 104,69 Mio. S und des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Höhe von 2.023,90 Mio. S standen dem AMS für Förderungsmaßnahmen insgesamt **6.936,79 Mio. S** zur Verfügung.

Das Ergebnis der Gebarung Arbeitsmarktpolitik weist für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen Ausgaben von insgesamt 7.112,43 Mio. S aus. Dies entspricht einem Anteil an den Gesamtausgaben (59.425,77 Mio. S) von 11,96% (1996: 9,39%). Davon entfallen auf das BMAGS 180,94 Mio. S und auf das AMS 6.931,49 Mio. S. Die Förderungsausgaben des AMS konnten gegenüber 1996 um 1.358,30 Mio. S (+ 24,37%) auf **6.931,49 Mio. S** erhöht werden, das entspricht einem Ausschöpfungsgrad von 99,92%.

Die Maßnahmen

Ausgaben in Mio. S	1996 Gesamt	1997 Gesamt	1997 AMS Mittel	1997 ESF Mittel	1997 Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
Qualifizierung	4.001,62	4.753,24	3.485,51	1.267,73	68,6%	+ 18,8%
Beschäftigung	1.241,39	1.776,98	1.414,57	362,41	25,6%	+ 43,1%
Unterstützung/ Werkverträge	330,19	401,27	304,42	96,85	5,8%	+ 12,4%
Gesamt	5.573,20	6.931,49	5.204,50	1.726,99	100%	+ 24,4%

*) Förderfälle/Personen/Ausgaben nach AMMSG; das heißt **ohne** Förderfälle/Personen/Ausgaben für aktive Maßnahmen im Rahmen des ALVG

Davon entfallen auf AMS-Ausgaben 5.204,50 Mio. S (75,08%) und auf ESF-Ausgaben 1.726,99 Mio. S (24,92%). In Form von Zuschüssen wurden 6.804,21 Mio. S und in Form von Werkvertragsentgelten 127,28 Mio. S gewährt.

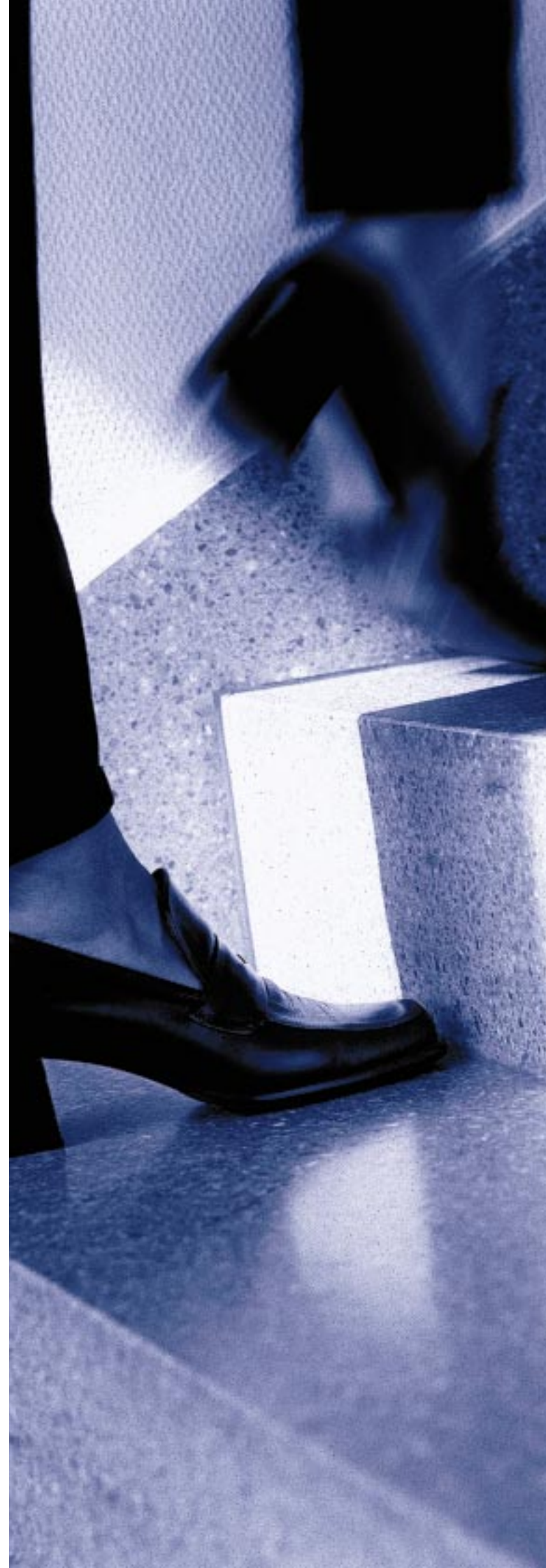
Die 1997 vorgenommenen Neubewilligungen (Auszahlungen 1997 zuzüglich Belastungen für Folgejahre abzüglich Belastungen aus Vorjahren) in der Höhe von 7.950 Mio. S wurden gegenüber 1996 (6.725 Mio. S) um 1.225 Mio. S (+ 18,2%) erhöht. Diese beträchtliche Steigerung des Aktivitätsniveaus bewirkt für 1998 eine entsprechend höhere Vorbelastung und in der Folge einen entsprechend eingeschränkten Spielraum für neue Maßnahmen.

DIE MASSNAHMEN

Die **Qualifizierungsmaßnahmen** stellen im Bereich der Arbeitsmarktförderung nach wie vor die wichtigste Strategie zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen dar, wobei die in dieser Maßnahmengruppe gleichfalls verbuchten Maßnahmen der Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung und der aktiven Arbeitsuche stark zulaasten der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen forciert werden. 1997 wurden dafür 4.753,24 Mio. S (1994: 4.001,62 Mio. S) aufgewendet, das sind 68,6% des Förderungsbudgets (1996: 71,8%).

Beschäftigungsmaßnahmen (Beschäftigungsbeihilfen und Beschäftigungsprojekte) haben weiter an Bedeutung gewonnen, wobei insbesondere die Eingliederungsbeihilfen an Betriebe – nicht zuletzt durch die Einführung der Besonderen Eingliederungsbeihilfe – beträchtlich ausgeweitet wurden. Im Jahr 1997 wurden dafür 1.776,98 Mio. S (1996: 1.241,39 Mio. S) ausgegeben, das sind 25,6% des Förderungsbudgets (1996: 22,3%).

Unterstützungsmaßnahmen für Personen (Unternehmensgründungsberatung; arbeitsmarktbezogene Beratung/Betreuung im Vor- oder Umfeld der Arbeitsvermittlung des AMS, z.B. bei Verschuldung) und **Unterstützungsmaßnahmen**



für Maßnahmenträger (Beratung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmenträger; Qualifizierungsberatung für Betriebe im Rahmen des ESF) stellen eine wichtige Ergänzung des Dienstleistungsangebotes dar. In dieser Maßnahmengruppe werden auch jene Projekte erfasst, die in Form eines Werkvertrages (anstelle eines Förderungsvertrages) finanziert werden. Die Zunahme resultiert auch aus den im Rahmen des Europäischen Sozialfonds realisierten Maßnahmen der „Technischen Hilfe“.

Vom Arbeitsmarktservice wird für Arbeitslose und Beschäftigte ein regional abgestimmter Maßnahmen-Mix realisiert. Der Einsatz der Förderungsinstrumente war 1997 von folgenden Veränderungen gekennzeichnet:

- Forcierung von Maßnahmen für Jugendliche (Förderung der Lehrausbildung in Betrieben und Lehrwerkstätten, der Berufsvorbereitung und der kursmäßigen Aus- und Weiterbildung)
- Ausweitung der Beschäftigungsbeihilfen für Betriebe („Langzeitarbeitslose/NotstandshilfebezieherInnen in Beschäftigung bringen“)
- verstärkte Förderung der Schulung von Beschäftigten im Rahmen des Europäischen Sozialfonds („Beschäftigung durch Qualifizierung sichern“)

Die damit verbundenen budgetären Auswirkungen bedeuten, daß die Förderung von längerdau-

ernden Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose zurückgeht. Das bedeutet bei gleichbleibenden Ressourcen eine stärkere Konzentration der Mittel auf die jährlichen arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben.

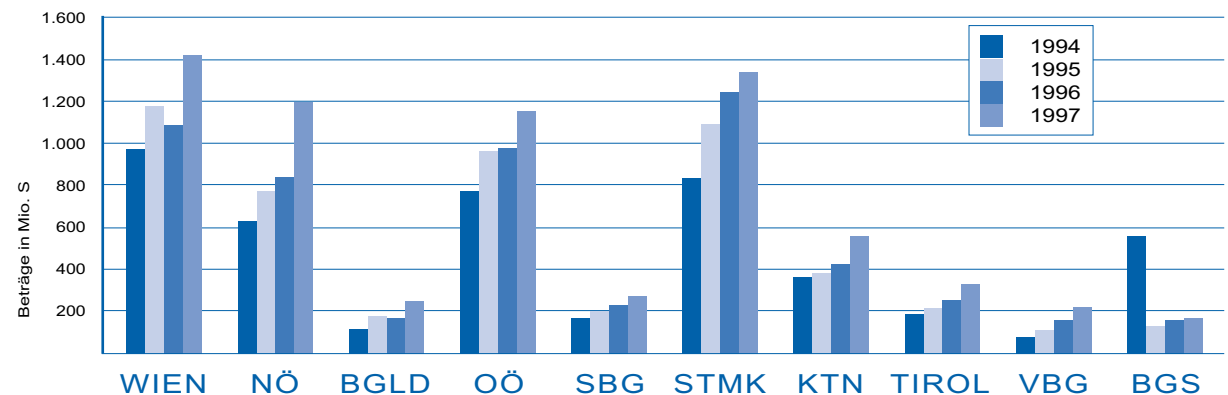
DIE REGIONALE VERTEILUNG

Im Bereich der Arbeitsmarktförderung wurde der Grundsatz der Delegation von Förderungsentscheidungen an die Landesgeschäftsstellen und Regionalen Geschäftsstellen realisiert. Lediglich Beihilfen, die im Einzelfall 50 Mio. S übersteigen, bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Finanzen.

Die Verteilung des Förderungsbudgets auf die einzelnen Landesorganisationen erfolgt nach objektiven Arbeitsmarktindikatoren. Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen und Förderungsinstrumente, die zur Erreichung der vereinbarten Ziele zweckmäßig sind, werden von den Landesorganisationen in ihren Arbeitsprogrammen festgelegt.

Dieses Prinzip der Ziel-Mittel-Bindung wird für jenen Teil des Förderungsbudgets, für den eine ESF-Kofinanzierung in Anspruch genommen wird, durch eine Zweck-Mittel-Bindung ergänzt, um die mit der Europäischen Kommission eingegangenen ESF-Verpflichtungen sicherzustellen.

ARBEITSMARKTFÖRDERUNG 1994 – 1997 (regionale Verteilung)



BGS=Bundesgeschäftsstelle

Die regionale Verteilung nach Landesorganisationen zeigt, daß Wien mit 1.442,60 Mio. S (20,8%), die Steiermark mit 1.342,87 Mio. S (19,4%), Niederösterreich mit 1.199,02 Mio. S (17,3%) und Oberösterreich mit 1.141,37 Mio. S (16,5%) die höchsten Anteile an den Förderungsausgaben 1997 aufweisen.

Österreichweite Förderungsmaßnahmen erfolgen durch die Bundesgeschäftsstelle. Die Ausgaben hierfür betragen 184,5 Mio. S (2,7%) und beinhalten im wesentlichen Arbeitsstiftungsmaßnahmen im Zuge der EU-Anpassung für die Speditionsbranche und für die Nahrungs- und Genussmittelbranche, Maßnahmen gegen die Saisonarbeitslosigkeit im Baubereich, Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen Employment und Adapt, Maßnahmen der Technischen Hilfe im Rahmen der ESF-Umsetzung sowie die Förderung von Unterstützungsstrukturen.

DER EUROPÄISCHE SOZIALFONDS (ESF)

Die EU-Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik geschieht in erster Linie durch die Strukturfonds (Sozialfonds, Regionalfonds und Agrarfonds), deren Interventionen im Rahmen von Zielen und Regionen erfolgen.

Der ESF wird in Österreich im Auftrag der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf Grundlage der mit der EU-Kommission vereinbarten 14 „Einheitlichen Programmplanungs-

dokumente“ (EPPD) vom Arbeitsmarktservice abgewickelt. Der ESF erfordert eine mehrjährige indikative Programm- und Budgetplanung (1995 – 1999) und stellt nur dort Mittel zur Verfügung, wo auch nationale Kofinanzierungsmittel eingesetzt werden. Der Mitteleinsatz wird durch sogenannte Begleitausschüsse überwacht.

Die Abwicklung der arbeitsmarktpolitischen Gemeinschaftsinitiativen (GI) Employment und Adapt fällt seit Dezember 1996 gleichfalls in die Kompetenz des AMS. Diese Projekte müssen innovativ und transnational angelegt sein (mindestens zwei Partner aus verschiedenen EU-Ländern). Ziel ist die Aufnahme von „best-practice“-Modellen in das österreichische Förderungsinstrumentarium.

1997 wurden die GI-Projekte der ersten Antragsrunde umgesetzt und nach Durchführung der zweiten Antragsrunde 40 Employment-Projekte und 26 Adapt-Projekte, die im Jahr 1998 beginnen, mit 317,1 Mio. S bewilligt.

Die ESF-Herausforderung wurde erfolgreich gemeistert. Im Zeitraum 1995 bis 1997 konnten ESF-kofinanzierte Maßnahmen mit einem Betrag von 3.624,5 Mio. S ausgabenwirksam realisiert werden. Der Ausschöpfungsgrad der zur Verfügung stehenden ESF-Mittel beträgt 99,4%. 1997 konnten ESF-Rückflüsse für vom AMS in den Jahren 1995 und 1996 vorfinanzierte ESF-Ausgaben als nationale AMS-Mittel verausgabt werden.

Ausgaben ESF (in Mio. S)

	ERFOLG 1995	ERFOLG 1996	ERFOLG 1997	PLAN 1998
Ziel 1	19,60	47,10	67,25	66,51
Ziel 2	44,42	93,02	71,52	74,09
Ziel 3	467,95	859,07	965,06	888,47
Ziel 4	8,30	93,87	309,66	211,78
Ziel 5b	56,07	199,24	267,58	211,80
Gemeinschaftsinitiativen	0,00	8,86	45,92	107,49
GESAMT	596,34	1.301,16	1.726,99	1.560,14
ESF EINNAHMEN	479,50	1.076,41	2.023,90	
VORFINANZIERUNG	116,84	224,75	-296,91	

Arbeitslosengeld und Notstandshilfe für aktive Maßnahmen

Im Sinne der Empfehlung des Europäischen Rates, passive Arbeitsmarktpolitiken verstärkt in aktive Arbeitsmarktpolitiken umzuwandeln, ist das AMS bestrebt, die Dispositionsfähigkeit im Förderungsbereich zu erhöhen. Bedeutsam sind vor allem die Maßnahmen der Arbeitsstiftung und der Fortbezug des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe bei Maßnahmen der beruflichen Mobilität mit einer Dauer bis drei Monaten. Zudem ermöglichen die Bestimmungen der Besonderen Eingliederungsbeihilfe, das Förderungsbudget in Höhe der dadurch ersparten passiven Leistungen zu erhöhen.

Im Jahr 1997 wurden für aktive Maßnahmen im Rahmen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für 25.895 Personen (1996: 16.578) insgesamt 686 Mio. S (1996: 458,5 Mio. S) aufgewendet. Die Tabelle gibt einen Überblick über jene Mittel aus der Arbeitslosenversicherung, die für aktive Maßnahmen – **zusätzlich** zu den nach dem Arbeitsmarktservicegesetz geförderten und dargestellten Maßnahmen – eingesetzt werden.

ALG Arbeitslosengeld, NH Notstandshilfe,
KUG Karenzurlaubsgeldbezug,
KUEG Karenzurlaubserweiterungsgesetz

„DER JUGEND EINE CHANCE“

Im Zentrum der österreichischen Arbeitsmarktpolitik 1997 stand das von der österreichischen Bundesregierung vorgegebene Vollbeschäftigungsziel für die Zielgruppe der Jugendlichen. Jedem Jugendlichen, der arbeiten und sich qualifizieren möchte, war spätestens nach 6 Monaten eine entsprechende Möglichkeit anzubieten.

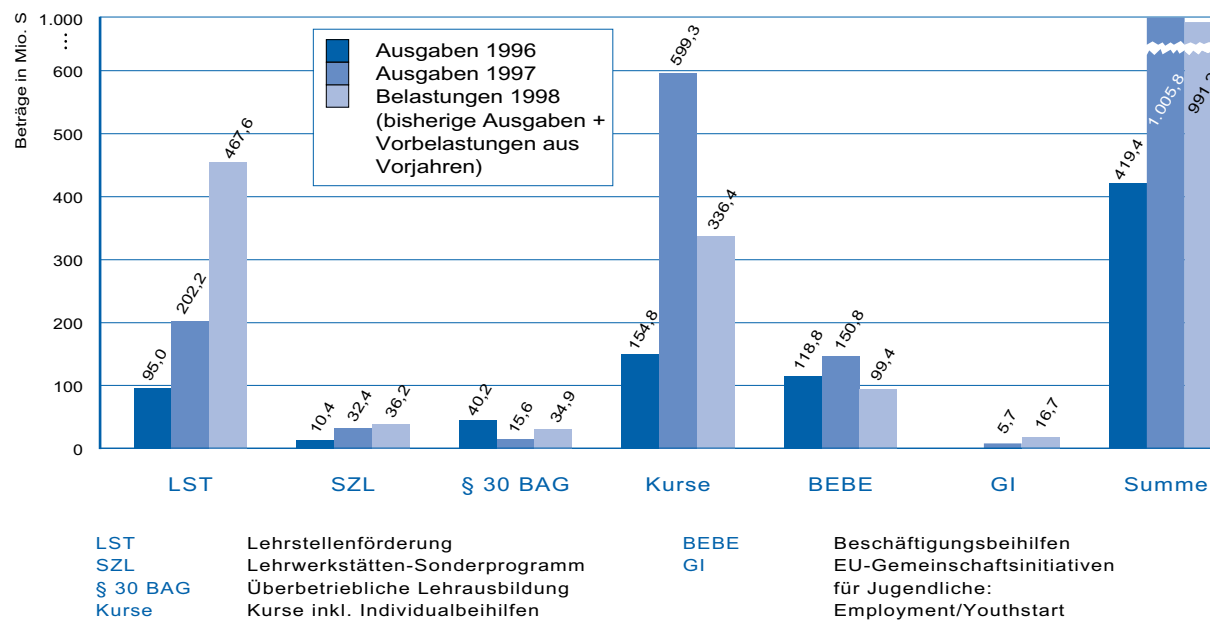
Der Schwerpunkt „Prävention von Jugendarbeitslosigkeit“ wurde durch entsprechende Vereinbarungen im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Ziele 1997 des AMS Österreich bei der „Integration der vorgemerkten Lehrstellensuchenden in die Lehrausbildung“ und der „Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen“ umgesetzt.

Insgesamt wurden 13.725 lehrstellensuchende Jugendliche und 13.556 arbeitslose Jugendliche gefördert. Ergänzend zur forcierten Förderung der Lehrausbildung in Betrieben und Lehrwerkstätten wurden permanent mehr als 4.000 Jugendliche in kursmäßige Maßnahmen einbezogen. Damit wurde auch Jugendlichen ohne unmittelbare Jobeinstiegsmöglichkeit eine zusätzliche Hilfestellung zu ihrer Orientierung am Arbeitsmarkt gegeben sowie auch die Gelegenheit, ihre persönlichen Fähigkeiten zu vertiefen und für sie

MITTEL DER ARBEITSLSENVERSICHERUNG FÜR AKTIVE MASSNAHMEN 1997 (IN S)

	Berufl. Mobilität (ALG/NH gem § 12(5) ALVG)		Arbeitsstiftungen (ALG gem § 18(5) ALVG)		Wiedereinstellungs- beih. n. KUG (gem. Art. 21 KUEG)		Ausbildungs-ALG n. KUG (gem. §18(8) ALVG)		ALVG gesamt	
	Anz.Pers.	ausbez.Beträge	Anz.Pers.	ausbez.Beträge	Anz.Pers.	ausbez.Beträge	Anz.Pers.	ausbez.Beträge	Anz.Pers.	ausbez.Beträge
Wien	2.997	41.449.403	823	61.348.603	286	1.978.036	28	784.694	4.134	105.560.736
NÖ	2.046	37.162.427	540	38.443.965	283	2.143.453	12	175.806	2.881	77.925.651
Bgld	518	6.064.504	48	3.147.696	32	285.619	5	33.959	603	9.531.778
OÖ	3.798	45.503.447	2.090	177.527.075	315	1.827.918	18	183.777	6.221	225.042.217
Sbg	1.069	13.929.096	151	11.462.119	89	461.558	10	131.728	1.319	25.984.501
Stmk	3.714	49.892.064	781	60.622.729	121	1.329.268	1	7.219	4.617	111.851.280
Ktn	2.904	35.308.862	279	22.633.420	79	492.082	13	167.195	3.275	58.601.559
Tirol	1.383	18.264.684	221	18.863.193	70	518.348	1	13.882	1.675	37.660.107
Vbg	787	13.583.007	350	20.038.281	29	162.046	4	49.721	1.170	33.833.055
1997 Gesamt	19.216	261.157.494	5.283	414.087.081	1.304	9.198.328	92	1.547.981	25.895	685.990.884
1996 Gesamt	9.833	94.467.737	5.423	354.772.950	1.312	8.738.870	10	534.142	16.578	458.513.699
Veränd. in %	95,42%	176,45%	-140	59.314.131	-8	459.458	82	1.013.839	9.317	227.477.185
				16,72%		5,26%		189,81%	56,20%	49,61%

JUGENDMASSNAHMEN: Ausgaben 1996 + 1997 und Belastungen 1998



geeignete Berufsfelder kennenzulernen – also wichtige positive Schritte für die Entwicklung einer beruflichen Laufbahn.

Die Entwicklung und Umsetzung von alternativen Modellen in der Lehrausbildung hilft benachteiligten Jugendlichen, eine Erstausbildung zu erlangen. 1997 wurden insbesondere auch neue Modelle der „Dualen Ausbildung-plus“ (theoretische Ausbildung durch die Berufsschule – zusätzliche Förderungs- und Trainingsmaßnahmen durch die Ausbildungseinrichtung – praktische Ausbildung durch Partnerbetriebe) realisiert.

In Kooperation mit Einrichtungen der Sozialpartner konnten durch den Einsatz von LehrstellenakquisiteurInnen und -beraterInnen, die auch über Fragen zur Lehrlingsausbildung informierten, weitere Lehrstellen bereitgestellt werden. Weiters bemühte sich das AMS um eine intensive Kooperation mit den Ländern und Gemeinden in Zusammenhang mit konkreten Lehrstellenangeboten und finanziellen Beteiligungen an AMS-Ausbildungsprojekten. Forciert wurde auch die Zusammenarbeit mit den Schulen, um auch in diesem Bereich alle Möglichkeiten für

Jugendliche auszuloten. Das AMS hat damit rasch und zielgerichtet auf das Problem und auf die Anforderungen der Politik reagiert. Die Zahl der LehranfängerInnen ist 1997 mit 40.200 wieder gestiegen.

Der erwartete Überhang an lehrstellensuchenden Jugendlichen konnte eingebremst und das Problem wesentlich entschärft werden. Dafür mußten allerdings budgetäre Vorbelastungen in Kauf genommen werden, das heißt im Jahr 1997 bewilligte Maßnahmen werden aufgrund ihrer Laufzeit erst in Folgejahren ausgabenwirksam. Diese Vorbelastungen belaufen sich für das Jahr 1998 auf 991 Mio. S, nahezu so hoch wie die Gesamtausgaben für diesen Bereich im Jahr 1997.

DIE LEHRLINGSHOTLINE

Neben der Ausweitung des Förderangebotes sowie verstärkten Beratungs- und Informationsleistungen unterstützte das AMS die „Lehrlingsoffensive der Bundesregierung“, die im September 1997 mit der Einrichtung der Lehrlingshotline startete und von einer Inseratenkampagne sowie einem Direct Mailing an rund 100.000 Unternehmen begleitet wurde.

DIE EXISTENZSICHERUNG

Im Jahresdurchschnitt bezogen 350.565 (1996: 363.168) Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. An sie wurden insgesamt 43,359 Mrd S (1996: 45,890 Mrd. S) ausbezahlt. Davon entfielen 44,9% (1996: ebenso 44,9%) auf das Arbeitslosengeld, 23,8% (1996: 24,5%) auf das Karenzurlaubsgeld, 26,1% (1996: 22,7%) auf die Notstandshilfe, 3,9% (1996: 6,1%) auf die Sonderunterstützung und 1,3% (1996: 1,8%) auf die Sondernotstandshilfe.

Für diese Leistungen wurden 925.325 (1996: 962.235) Anträge gestellt, wovon 34.620 (1996:

38.609) abgelehnt wurden. Die Zahl der erstinstanzlichen Bescheide erreichte 259.141, wogegen 6.874 Berufungen eingebracht wurden. In Sanktionsfällen wurden insgesamt 52.911 (+ 2.621 gegenüber 1996) Bescheide erlassen.

LEISTUNGEN	DURCHSCHNITTLICHE TAGSÄTZE (IN S)
Arbeitslosengeld	297
Notstandshilfe	236
Sondernotstandshilfe	192
Sonderunterstützung	387
Deckung zur Unterstützung des Lebensunterhalts	249

DIE LEISTUNGEN

in Mio. S	Leistungsaufwand inkl. Sozialversicherungsbeiträge		Durchschnittlicher Bestand an BezieherInnen	
	1996	1997	1996	1997
Arbeitslosengeld	20.616	19.468	127.021	122.580
Notstandshilfe	10.411	11.330	82.148	89.915
Sonderunterstützung *	2.792	1.691	9.057	3.745
Karenzurlaubsgeld **	11.260	10.316	118.254	112.243
Sondernotstandshilfe	811	554	9.292	6.637
Sonstige			17.396	15.445
SUMME	45.890	43.359	363.168	350.565

* inklusive des Leistungsaufwandes der SVA-Bergbau

** inklusive des Leistungsaufwandes der Krankenkasse ab 1.7.1997

BEARBEITETE LEISTUNGSANTRÄGE

	Zuerkennungen		Ablehnungen	
	1996	1997	1996	1997
Arbeitslosengeld	603.329	593.386	15.559	14.567
Notstandshilfe	178.326	191.689	12.795	12.964
Sonderunterstützung	16.499	5.991	666	211
Karenzurlaubsgeld	77.253	60.877	1.094	959
Sondernotstandshilfe	12.941	9.546	6.985	4.568
Sonstige	35.278	29.216	1.510	1.351
SUMME	923.626	890.705	38.609	34.620

SANKTIONEN

	1996	1997
Arbeitsunwilligkeit	518	440
Ablehnung von Beschäftigungsangeboten	11.111	10.595
Arbeitslosigkeit aufgrund von vorzeitigem Austritt, Kündigung des Arbeitnehmers, fristloser Entlassung	23.377	22.143
Versäumen der Kontrollmeldung	15.284	19.733
SUMME	50.290	52.911

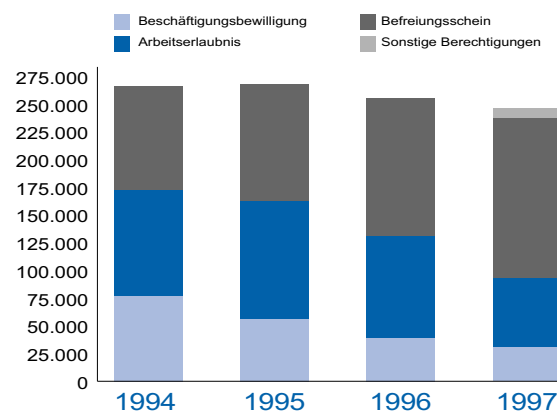
DIE AUSLÄNDER- BESCHÄFTIGUNG

Im Durchschnitt arbeiteten 1997 247.264 ausländische Arbeitskräfte in Österreich, die über eine Berechtigung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz verfügten; darunter 143.387 (rund 58%) mit Befreiungsschein und 67.318 (rund 27%) mit Arbeitserlaubnis. Gegenüber 1996 nahm die Zahl der neu erteilten Befreiungsscheine geringfügig zu (97: rund 42.500, 96: rund 40.000), die Zahl der neu erteilten Arbeitserlaubnisse aber deutlich ab (97: rund 12.100, 96: rund 16.500).

Insgesamt wurden 92.629 Erst-, Neu- und Verlängerungsanträge auf Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung (gegenüber 1996 ein Rückgang von mehr als 15%) und 5.468 Anträge auf Erteilung einer Sicherungsbescheinigung (gegenüber 1996 ein Rückgang von 22%) von den regionalen Geschäftsstellen bearbeitet. Während Entsendebewilligungen (2.494) und Anzeigebestätigungen (2.250) nur wenig mehr als im Jahr 1996 nachgefragt wurden, nahm die Zahl der Feststellungsbescheide für türkische Assoziationsarbeitskräfte deutlich zu (97: 9.445, 96: 3.250). Die insgesamt rund 216.000 Geschäftsfälle wurden von 144 MitarbeiterInnen an den RGS bearbeitet.

Im Durchschnitt waren 1997 27.532 AusländerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen; das sind um rund 0,3% weniger als 1996, aber um rund 10% mehr als 1995.

Beschäftigte AusländerInnen nach Bewilligungsarten



DER PERSONALBERICHT

PERSONALEINSATZ

Landesgeschäftsstellen	Soll	Ø Ist 1997
AMS Burgenland	156	155,82
AMS Kärnten	351	351,06
AMS Niederösterreich	675	674,79
AMS Oberösterreich	615	612,32
AMS Salzburg	249,5	249,13
AMS Steiermark	616	615,93
AMS Tirol	323	322,88
AMS Vorarlberg	142	142,20
AMS Wien	918,5	912,98
Bundesgeschäftsstelle	134	133,57
GESAMT	4.180	4.170,68

Der Personalplan 1997 sah für das Arbeitsmarktservice 4.180 Planstellen vor. Im Jahr 1997 waren durchschnittlich 4.170,68 vollzeitbeschäftigte Kollektivvertragsbedienstete und Beamte/Beamtinnen (Teilzeitbeschäftigte wurden auf Vollbeschäftigte umgerechnet) bei der Bundesgeschäftsstelle sowie den Landes- und Regionalgeschäftsstellen tätig.

Rund 60% der Beschäftigten des Arbeitsmarktservice sind Frauen. Das AMS fördert die Gleichstellung seiner MitarbeiterInnen und setzt Maßnahmen, um auch den Frauenanteil bei den Führungskräften zu erhöhen. Ende 1997 waren 27,4% der Führungskräfte des AMS weiblich (Steigerung gegenüber 1.1.1996: + 4,2%).

DIE PERSONALAUSBILDUNG

Grundausbildung

Die berufsbegleitende Grundausbildung wurde 1997 in Form von Kursen im Umfang von 167 Wochen durchgeführt. 471 MitarbeiterInnen (einschließlich der beruflichen AufsteigerInnen) absolvierten diese Ausbildung.

Ausbildungslehrgang

1997 war der Beginn der neuen, vom Verwaltungsrat beschlossenen Grundausbildung, die in Lehrgangsform in der Ausbildungseinrichtung in Linz durchgeführt wird. Im März startete der erste Lehrgang. Im Abstand von jeweils zwei Monaten wurden 1997 fünf Lehrgänge begonnen, an denen insgesamt 153 MitarbeiterInnen teilnahmen; 62 MitarbeiterInnen haben die neue Grundausbildung bereits abgeschlossen.

Weiterbildung

Mit der im April vom Verwaltungsrat beschlossenen „Richtlinie für die Weiterbildung der MitarbeiterInnen und Führungskräfte des AMS“ wurde der Weiterbildung im AMS ein trag- und ausbaufähiges Fundament errichtet. Die laufende Aktualisierung und Weiterentwicklung der fachlichen und sozialen Kompetenzen, die Spezialisierung für bestimmte Aufgabenbereiche sowie die spezifische Qualifizierung für Führungsaufgaben zählen demnach zur permanenten Aufgabe der Weiterbildung.

Im Rahmen der SpezialistInnenausbildung bildeten entsprechend den gegebenen Unternehmenszielen die Schulungen zur Professionalisierung der MitarbeiterInnen im Service für Unternehmen einen besonderen Schwerpunkt. Die Ausbildung der Führungskräfte wurde im zweiten Halbjahr im Bereich der Arbeits- und Managementtechniken forciert. Zur Weiterentwicklung der sozialen und kommunikativen Kompetenz der BeraterInnen des AMS wird eine spezifische Weiterbildung angeboten.

Insgesamt wurden im Jahr 1997 durchschnittlich 6 Tage pro MitarbeiterIn für Weiterbildung investiert. Ein Vergleich von Bildungskennzahlen mit anderen Dienstleistungsunternehmen (Banken, Versicherungen) zeigt, daß sich das AMS damit im Mittelfeld (Budget für Weiterbildung) bzw. im oberen Drittel (Ausbildungstage) befindet.

INTERNE PROJEKTE

Um Dienstleistungen gegenüber Kundinnen und Kunden bestmöglich erfüllen zu können, bedarf es einer Überprüfung der Rahmenbedingungen, innerhalb derer die AMS-MitarbeiterInnen ihre Aufgaben erfüllen. Als lernende Organisation „vom Amt zum Dienstleister“ untersucht, bewertet und verbessert das AMS daher permanent seine Infrastruktur und das Qualitätsmanagement der Prozesse und Abläufe.

Projekt ALV 2000

Neben einer umfassenden Analyse und Bewertung des Ist-Zustandes befasste sich das Projekt ALV 2000 (Jänner bis Juli 1997) mit der Quantifizierung der Auswirkungen der neuen EDV-Anwendungen im Bereich Versicherungsleistungen. Notwendige Verbesserungen wurden unter anderem in der Zusammenarbeit zwischen Beratungs- und Vermittlungsservice und Service Versicherungsleistungen sichtbar, in der Angleichung der Belastung einzelner MitarbeiterInnen sowie bei den Öffnungszeiten. Durch die Nutzung dieser Verbesserungspotentiale könnten in Zukunft Kapazitätseffekte erreicht und MitarbeiterInnen für andere Aufgabenstellungen eingesetzt werden. Die Untersuchung zeigt auch die Stärken des AMS: einheitliche Arbeitsabläufe, integrative Sachbearbeitung, Regionalisierung und Kundenorientierung der MitarbeiterInnen.

CI-Projekt

Die Umsetzungsmaßnahmen des im Jahr 1996 gestarteten Corporate Identity Projektes wurden 1997 planmäßig weitergeführt. So wurden alle AMS-Geschäftsstellen mit einer neuen Aussenkennzeichnung versehen, Broschüren und Formulare schrittweise überarbeitet und die AMS-Serviceangebote in Form eines Dienstleistungskataloges nach Zielgruppen definiert. Im Rahmen des Corporate Behavior wurden Schwerpunkte in der Führungskräfteausbildung gesetzt, deren Ba-

sis ein AMS-Führungskräfteleitbild ist. In einem organisierten Feedback-Prozess wurden Anregungen und Kritik von der Basis zur Führungsspitze gebracht, ausführlich diskutiert und ein Maßnahmenplan für 1998 verabschiedet.

Projekt AMS2000

Das EDV-System des AMS ist in einer Phase weitreichender Veränderungen aufgrund des 1994 gestarteten Projekts AMS2000, das mit einer Laufzeit bis 1999/2000 und mit Kosten von 3,2 Mrd S zu den größten EDV-Projekten Österreichs zählt. AMS2000 umfaßt die Migration des Host-basierten Systems der 70er Jahre zu einem Client/Server-System, die Neuentwicklung von Applikationen inklusive Selbstbedienungs-Installationen, die Hardware, das Netz, die Wartung sowie Schulung und Support unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer sehr hohen Systemverfügbarkeit.

1997 war Halbzeit im AMS2000. Die Phase der Schaffung von Infrastruktur wie Netzen und Hardwareausstattungen wurde weitestgehend abgeschlossen und mit der Einführung der Fachbereichsapplikationen begonnen. Alleine durch das Rollout der neuen Applikation in der Arbeitslosenversicherung werden ab Februar 1998 rund 1.000 MitarbeiterInnen bei der Bearbeitung von fast 100.000 Leistungsanträgen pro Jahr unterstützt. Entsprechenden Raum nehmen auch die EDV-Schulungen ein. 1997 wurden insgesamt rund 1.100 Schulungsveranstaltungen mit über 6.000 TeilnehmerInnen durchgeführt.

Die Nutzung der neuen Informationstechnologien für mehr Markttransparenz und verstärkte Kommunikationsdienstleistungen stehen im Mittelpunkt weiterer Projektschritte: Ausbau von Internet und Weiterentwicklung der Selbstbedienung, Aufbau eines Management-Informationssystemes auf Grundlage eines Data Warehouses und Evaluierung neuer Technologien.

DER FINANZBERICHT

ÜBERTRAGENER WIRKUNGSBEREICH

Gemäß § 42 Abs 1 AMSG bestreitet das AMS die finanziellen Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG), dem Sonderunterstützungsgesetz (SUG), dem Karenzurlaubsgeldgesetz (KUG) und dem Karenzurlaubsgeldgesetz (KUG) im Namen und für Rechnung des Bundes.

Gebahrung Arbeitsmarktpolitik 1997

Gemäß § 46 AMSG i V. mit § 42 Abs 1 AMSG wurden dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die folgenden Daten für den Rechnungsabschluß der Gebahrung Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt (die Genehmigung ist zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht erfolgt):

AUSGABEN (in Mio. S)	Voranschlag	Erfolg	Differenz
Ämter des AMS (Personalaufwand Beamte)	836,000	837,822	1,822
AMP-Maßnahmen/Förderungen	5.000,000	7.112,434	2.112,434
Sonderunterstützungen*)	2.841,220	1.691,630	-1.149,590
Wiedereinstellungsbeihilfe	10,500	9,198	-1,302
Leistungen nach dem ALVG*)	43.607,205	41.594,238	-2.012,967
Arbeitslosengeld (ALG)	21.427,848	19.349,991	
Notstandshilfe (NH)	10.066,554	11.329.280	
Karenzurlaubsgeld (KUG)	10.880,447	10.353,152	
Sondernotstandshilfe (SNH)	1.230,956	555,349	
ALG/EWR-Abkommen	1,400	6,466	
Zahlungen gem. § 6 Abs. 8 AMPFG an PV-Träger	4.900,000	4.900,000	0,000
Überweisung a.d. AMS (Kredittilgung)	440,000	440,000	0,000
Verwaltungskosten AMS (Sachaufwand und Personalaufwand Kollv.-Bedienstete)	2.350,000	2.461,000	111,000
Einhebungsvergütung an KV-Träger	330,000	326,759	-3,241
Beitrag des AMS zur SWE	60,000	52,690	-7,310
Zwischensumme	60.374,925	59.425,771	-949,154
Überweisung a. d. AMS – Überschuß	0,001	0,000	-0,001
SUMME	60.374,926	59.425,771	-949,155

*) einschließlich KV-, PV- und UV-Beiträge

EINNAHMEN (in Mio. S)	Voranschlag	Erfolg	Differenz
Ämter des AMS (Kostensätze)	1,000	1,588	0,588
AMP-Maßnahmen – Darlehensrückzahlungen	70,000	77,303	7,303
FLAF-Betrag zum KUG	7.686,939	7.898,433	211,494
ALV-Beiträge	47.539,981	47.904,823	364,842
ALV-Beiträge	47.439,981	45.793,150	
Rückersätze ALV-Abkommen	99,900	91,448	
Erstattungen EWR-Vertrag	0,099	3,278	
ESF-Beiträge	0,001	2.016,946	
Beitrag der Gemeinden zur SNH	350,000	241,377	-108,623
Spenden	0,005	0,002	-0,004
Bundesbeitrag zur AMP	2.500,000	2.500,000	0,000
Bundesbeitrag (Abgangsdeckung)	2.227,000	802,246	-1.424,754
Zwischensumme	60.374,925	59.425,771	-949,154
Überweisung vom AMS – Abgangsdeckung	0,001	0,000	-0,001
SUMME	60.374,926	59.425,771	-949,155

ALG=Arbeitslosengeld
 AMP=Arbeitsmarktpolitik
 AMPFG=Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz
 ESF=Europäischer Sozialfonds
 FLAF=Familienlastenausgleichsfonds
 KV=Krankenversicherung
 PV=Pensionsversicherung
 SNH=Sondernotstandshilfe
 SUG=Sonderunterstützungsgesetz
 SWE=Schlechtwetterentschädigung
 UV=Unfallversicherung

EIGENER WIRKUNGSBEREICH

Gemäß § 41 Abs 1 AMSG bestreitet das AMS die Personal- und Sachausgaben in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Bilanz per 31. Dezember 1997

Gemäß § 45 Abs 1 wurde der vorliegende Jahresabschluß vom Verwaltungsrat genehmigt und gemäß § 45 Abs 2 der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Genehmigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen übermittelt.

AKTIVA	S	31.12.1997 S	31.12.1996 Mio. S
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Rechte		60.524.323,06	72,9
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	938.390.442,36		843,4
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	241.803.442,53		300,7
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	214.503.963,75	1394.697.848,64	224,9
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Hilfs- und Betriebsstoffe		3.589.802,60	3,6
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMSG	136.048.480,00		107,3
2. Forderungen an den Bund gemäß § 48 Abs 6 AMSG	124.704.480,34		560,2
3. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	41.989.231,52	302.742.191,86	38,7
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			
		288.212.610,79	185,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		3.519.516,46	9,5
		2.053.286.293,41	2.346,4
Eventualforderungen		40.880.000,00	40,1

PASSIVA	S	31.12.1997 S	31.12.1996 Mio. S
A. Eigenkapital			
I. Kapitalrücklagen		996.638.193,69	996,6
II. Gewinnrücklagen			
1. Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMStG	232.516.459,40		255,9
2. Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs 1 AMStG	9.896.704,70		18,3
3. andere (freie) Gewinnrücklagen	486.154.271,03	728.567.435,13	454,7
B. Zuschüsse zum Anlagevermögen seitens Eures		366.982,56	0,0
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Abfertigungen	110.833.771,00		87,4
2. sonstige Rückstellungen	146.619.848,63	257.453.619,63	90,1
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		357,0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.587.476,89		32,6
3. sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern: S 13.051.888,10 davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: S 26.912.556,74)	42.271.710,92	69.859.187,81	50,4
E. Rechnungsabgrenzungsposten		400.874,59	3,4
		2.053.286.293,41	2.346,4
Eventualverbindlichkeiten		40.880.000,00	40,1

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1997

	S	S	1996 Mio. S
1. Aufwandsersätze des Bundes			
a) Ausgabenersatz gem § 41 Abs 2 AMMSG	2.466.851.396,89		2.409,0
b) Aufwandsersatz gem § 49 Abs 1 AMMSG	28.727.267,00	2.495.578.663,89	44,3
2. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen	948.165,26		0,0
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.000.420,08		13,6
c) übrige	68.937.933,69	70.886.519,03	53,9
3. Personalaufwand			
a) Löhne, Gehälter, Zulagen	-948.496.837,70		-938,5
b) Aufwendungen für Abfertigungen	-23.462.607,00		-35,2
c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-248.415.708,04		-228,4
d) sonstige Sozialaufwendungen	-20.751.498,15	-1.241.126.650,89	-20,6
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-173.252.102,38	-144,2
5. sonstige betriebliche Aufwendungen (übrige)		-1.162.330.992,39	-1.091,7
6. Beiträge an den Bund gem § 6 Abs 8 AMPFG		0,00	-939,0
7. Betriebserfolg		-10.244.562,74	-876,8
8. Ausgabenersatz des Bundes gem § 48 Abs 6 AMMSG		4.458.207,63	22,0
9. Zinsenerträge		13.101.734,25	45,2
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-4.458.207,63	-22,0
11. Finanzerfolg		13.101.734,25	45,2
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.857.171,51	-831,7
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-3.275.433,59	-10,6
14. Jahresfehlbetrag		-418.262,08	-842,3
15. Auflösung der Zuschüsse zum Anlagenvermögen seitens Eures		82.383,84	
16. Auflösung der Haftungsrücklage gem § 50 Abs 2 AMMSG		43.970.527,55	0,0
17. Auflösung der Arbeitsmarktrücklage			
a) gem § 51 Abs 1 AMMSG	39.825.691,14		150,3
b) gem § 6 Abs 8 AMPFG	0,00	39.825.691,14	939,0
18. Zuweisung zur Haftungsrücklage gem § 50 Abs 2 AMMSG		-20.575.849,56	-28,8
19. Zuweisung zur Arbeitsmarktrücklage gem § 50 Abs 1 AMMSG		-31.395.732,77	-13,5
20. Zuweisung zu anderen (freien) Gewinnrücklagen		-31.488.758,12	-204,7
21. BILANZGEWINN		0,00	0,0

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der Jahresabschluß des Arbeitsmarktservice Österreich zum 31. Dezember 1997 wurde – gemäß der Norm des § 45 Abs 1 iVm § 47 Abs 1 AMSG (BGBl 1994/313 idgF) – nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Rechnungslegungsgesetzes 1990 erstellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die planmäßige Abschreibung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen erfolgt linear über einen Zeitraum zwischen drei und fünfzig Jahren. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Vorräte

Die Vorräte wurden gemäß § 209 Abs 1 HGB mit einem Festwert angesetzt, weil sie regelmäßig ersetzt werden und ihr Gesamtwert von untergeordneter Bedeutung ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten bewertet. Erkennbare Risiken wurden durch individuelle Abwertungen berücksichtigt; dies war jedoch ausschließlich im Bereich des Postens „sonstige Forderungen“, und zwar ganz überwiegend hinsichtlich der Regreßforderungen aus schlagend gewordenen Ausfallhaftungen sowie hinsichtlich der Haftungsentgelte, erforderlich.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen für Abfertigungsverpflichtungen und Jubiläumsgelder wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Anwendung eines Dis-

kontierungszinssatzes von 3,5% ermittelt. Die sonstigen Rückstellungen wurden unter Bedachtnahme auf den Vorsichtsgrundsatz in Höhe des voraussichtlichen Anfalles gebildet.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag und Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht bewertet.

Angabe der Restlaufzeiten

Der Gesamtbetrag der Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMSG in Höhe von S 136.048.480,00 hat eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Forderungen weisen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr auf und sind somit kurzfristiger Natur.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten hat ein Teilbetrag in Höhe von S 65.402,14 eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Alle anderen Verbindlichkeiten weisen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr auf.

Angaben gemäß § 237 Z 8 HGB

Der Betrag der Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen des folgenden Geschäftsjahres beläuft sich auf S 239.029.398,00, der entsprechende Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre auf S 1.195.146.990,00.

Erläuterung des Postens „Forderungen an den Bund gemäß § 49 Abs 1 AMSG“

Bei diesem Posten handelt es sich um den aufgrund eines Sonderbewertungsrechts als Forderung zu aktivierenden Betrag, der den passivseitig ausgewiesenen Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellungen entspricht und den der Bund dem Arbeitsmarktservice Österreich nach Maßgabe des Fälligwerdens der diesen Rückstellungen entsprechenden Ausgaben zu ersetzen verpflichtet ist.

AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER BILANZ UND DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Entwicklung des Anlagevermögens (in S)

	Anschaffungskosten 1. Jän. 1997	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Anschaffungsk. 31. Dez. 1997	Zu bu
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Rechte	109.643.315,86	9.022.238,52	0,00	71.682,93	118.593.871,45	18.
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, Bauten – einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	908.317.980,98	83.876.851,20	56.694.172,18	4.013.229,00	1.044.875.775,36	
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	403.678.227,61	28.083.880,52	3.133.641,85	3.766.087,25	431.129.662,73	
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	224.883.930,87	49.447.846,91	-59.827.814,03	0,00	214.503.963,75	
	1.536.880.139,46	161.408.578,63	0,00	7.779.316,25	1.690.509.401,84	
	1.646.523.455,32	170.430.817,15	0,00	7.850.999,18	1.809.103.273,29	18.

*) darin beinhaltet S 204.372.834,00 Grundwert

Erläuterung des Postens „Forderungen an den Bund gemäß § 48 Abs 6 AMSG“

Hier ist derjenige Teilbetrag des vom Arbeitsmarktservice im Jahre 1995 aufgenommenen und zwischenzeitlich zur Gänze zurückbezahlten Kredits aktiviert, hinsichtlich dessen der Bund seine Ersatzpflicht noch nicht erfüllt hat. Diese Ersatzpflicht betrifft Kreditgebühren in Höhe von S 10.800.000,00 und eine letzte vom Bund zu leistende Zahlung für das Kapital in Höhe von S 113.904.480,34.

Erläuterung des Postens Kapitalrücklagen

Dieser Posten ergibt sich als Summe aus dem negativen Gründungskapital gemäß der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1995 in Höhe von S 353.361.806,36 und der als „Quasi-Gesellschaftereinlage“ zu qualifizierenden Verpflichtung des Bundes gemäß § 48 Abs 6 AMSG, dem Arbeitsmarktservice Österreich das Kapital eines von diesem im Geschäftsjahr 1995 zum Ausgleich der Gebarung Arbeitsmarktpolitik 1994 gemäß § 48 Abs 1 Z 1 AMSG aufgenommenen Kredits im Betrag von S 1.350.000.000,00 zu ersetzen.

Erläuterung des Postens Gewinnrücklagen

Gemäß § 47 Abs 1 AMSG sind allfällige Gewinne aufgrund des Jahresabschlusses des Arbeitsmarktservice Österreich einer Rücklage zuzuführen.

Nach § 50 Abs 3 AMSG ist im Jahresabschluß des Arbeitsmarktservice Österreich eine Haftungsrücklage im Ausmaß von 0,5% der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben des Bundes im Rahmen der gebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik (§1 Abs 2 AMPFG) in den letzten fünf Jahren auszuweisen; ebenso sind nach § 50 Abs 4 AMSG Einnahmen aus Provisionen für Haftungen (Haftungsentgelte) dieser Rücklage zuzuführen. Der Erhöhungsbetrag dieser Rücklage gegenüber dem Stand der Schlußbilanz zum 31. Dezember 1996 ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als gesonderter Posten „Zuweisung zur Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMSG“ erfaßt.

Weiters hat ein Teilbetrag in Höhe von S 9.896.704,70 der Gewinnrücklagen den Charak-

en	Abgänge	Anschaffungsk. 31. Dez. 1997	Zuschrei- bungen	kumulierte Abschreibung	Buchwert 31. Dez. 1997	Buchwert 31. Dez. 1996	Abschreibungen des Geschäftsj.
00	71.682,93	118.593.871,45	18.009,60	58.087.557,99	60.524.323,06	72.849.422,19	21.365.339,25
8	4.013.229,00	1.044.875.775,36	0,00	106.485.333,00	938.390.442,36 *)	843.351.048,98	42.551.737,00
5	3.766.087,25	431.129.662,73	0,00	189.326.220,20	241.803.442,53	300.748.529,70	109.335.026,13
3	0,00	214.503.963,75	0,00	0,00	214.503.963,75	224.883.930,87	0,00
00	7.779.316,25	1.690.509.401,84	0,00	295.811.553,20	1.394.697.848,64	1.368.983.509,55	151.886.763,13
00	7.850.999,18	1.809.103.273,29	18.009,60	353.899.111,19	1.455.222.171,70	1.441.832.931,74	173.252.102,38

ter einer Arbeitsmarktrücklage gemäß § 50 Abs 1 AMSG, soweit diese nicht als Haftungsrücklage gemäß § 50 Abs 2 AMSG zu beurteilen ist.

Erläuterung der Ausgaben- und Aufwandsersätze des Bundes

Nach § 41 Abs 2 AMSG hat der Bund dem Arbeitsmarktservice Österreich die im Rahmen seines eigenen Wirkungsbereichs anfallenden Personal- und Sachausgaben zu ersetzen, wofür in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1997 ein Ertragsposten in Höhe von S 2.466.851.396,89 in Ansatz gebracht wird.

Der Aufwandsersatz gemäß § 49 Abs 1 AMSG in Höhe von S 28.727.267,00 betrifft die im Geschäftsjahr 1997 eingetretene Erhöhung der Verpflichtung des Bundes, dem Arbeitsmarktservice Österreich im Zeitpunkt des Fälligwerdens diejenigen Ausgaben für Abfertigungs- und Jubiläumsgeldzahlungen zu ersetzen, für die im Jahresabschluß zum 31. Dezember 1997 entsprechende Rückstellungen passiviert sind.

Der Ausgabenersatz des Bundes gemäß § 48 Abs 6 AMSG in Höhe von S 4.458.207,63 schließlich betrifft die im Geschäftsjahr 1997 angefallenen Zinsen und Spesen für den vom Arbeitsmarktservice Österreich gemäß § 48 Abs 1 Z 1 AMSG im Jahre 1995 aufgenommenen Kredit (hinsichtlich derer den Bund gleichfalls eine Ersatzpflicht gegenüber dem Arbeitsmarktservice Österreich trifft).

Dieser Ertragsposten entspricht daher seiner Höhe nach dem Aufwandsposten „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“.

Erläuterung des Postens „übrige sonstige betriebliche Erträge“

In diesem Posten sind insbesondere mit einem Betrag von S 51.971.582,33 vom Arbeitsmarktservice Österreich gemäß § 52 AMSG vereinbarte Geldstrafen nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und dem Ausländerbeschäftigungsgesetz beinhaltet. Diese Erträge waren nach der zitierten Gesetzesbestimmung der Arbeitsmarktrücklage zuzuführen.

Erläuterung des Postens „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“

Unter diesem Posten ist ausschließlich die vom Arbeitsmarktservice Österreich entrichtete Kapitalertragsteuer erfaßt.

ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITNEHMER

Nach Inkrafttreten des Kollektivvertrages gemäß § 44 Abs 2 AMSG am 1. Juli 1995 waren zum Stichtag 31. Dezember 1997 2.822 Arbeitnehmer als Kollektivvertragsbedienstete des AMS beschäftigt.

Als Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats waren im Geschäftsjahr 1997 tätig:

Vorstand:

Dr. Herbert Buchinger (Vorsitzender)
Mag. Herbert Böhm

Verwaltungsrat

Sektionschef Dr. Günther Steinbach
(Vorsitzender)
Dr. Wolfgang Tritremmel
(Stellvertreter des Vorsitzenden)
Mag. Georg Ziniel
(Stellvertreter des Vorsitzenden)
Sektionschef Dr. Werner Bauer
Mag. Franz Friehs
Rudolf Kaska
Prof. Ing. Peter Kotauczek
Dr. Fritz Miklau
Dr. Brigitta Mlinek (ab 16. Jänner 1997)
Dr. Josef Wöss (bis 8. Jänner 1997)
Susanna Kamellor (Arbeitnehmervertreterin)
Mag. Peter Linder (Arbeitnehmervertreter)
Heinz Rammel (Arbeitnehmervertreter)
Für jedes Mitglied des Verwaltungsrats ist ein/e Stellvertreter/in bestellt.

Die Aufwendungen für Abfertigungen im Geschäftsjahr 1997 betragen S 26.966.576,00; Aufwendungen für Pensionen sind nicht angefallen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben im Geschäftsjahr 1997 Reisekostensätze im Gesamtbetrag von S 126.000,00 erhalten; die Angabe der Vorstandsbezüge unterbleibt gemäß § 241 Abs 4 HGB.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Aufgrund der vorstehend beschriebenen Prüfung der Bilanz zum 31. Dezember 1997, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1997 und des Anhangs zum Jahresabschluß zum 31. Dezember 1997 des Arbeitsmarktservice Österreich erteilen wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluß vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Arbeitsmarktservice Österreich.“

Wien, am 18. Mai 1998



Dr. GLASS Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.

(Mag. Andrea MAYR-FALKENBERG)
Beidete Wirtschaftsprüferin
und Steuerberaterin

DIE ORGANISATION

Das AMS Österreich ist in Bundes-, Landes- und Regionalorganisationen gegliedert. Auf all diesen Ebenen werden die Sozialpartner in die Geschäfte miteinbezogen und wirken maßgeblich an der Willensbildung mit.

DIE ORGANE

(Stand: 2/98)

BUNDESORGANISATION DES AMS

VERWALTUNGSRAT

PRÄSIDIUM:

Vorsitzender:

Dr. Günther Steinbach

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Stellvertreter:

Mag. Georg Ziniel

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Dr. Wolfgang Tritremmel

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

MITGLIEDER:

REGIERUNGSVERTRETER:

Dr. Günther Steinbach

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Dr. Werner Bauer

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Dr. Brigitta Mlinek

Bundesministerium für Finanzen

ARBEITNEHMERVERTRETER:

Mag. Franz Friehs

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Rudolf Kaske

Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Pers.

Dienst

Mag. Georg Ziniel

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

ARBEITGEBERVERTRETER:

Dr. Wolfgang Tritremmel

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Prof. Ing. Peter Kotauczek

Fa. Beko Ing. P. Kotauczek Ges.mbH.

Dr. Fritz Miklau

Wirtschaftskammer Österreich

VERTRETER DER PERSONAL-

VERTRETUNG:

Mag. Peter Linder, LGS Steiermark

Heinz Rammel, BGS

Susanna Kammellor, LGS Wien

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER

REGIERUNGSVERTRETER:

Mag. Helmut Höpflinger

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Mag. Josef Horvath

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Dr. Karl Muhr

Bundesministerium für Finanzen

ARBEITNEHMERVERTRETER:

Elisabeth Rolzhauser

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Renate Dittmar

Gewerkschaft d. Chemiearbeiter

Dr. Gernot Mitter

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

ARBEITGEBERVERTRETER:

Mag. Wolfgang Pfabigan

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Josef Singer

Fa. Catro Ges.mbH.

Dr. Dietmar Strimitzer

Wirtschaftskammer Österreich

VERTRETER DER PERSONAL-

VERTRETUNG:

Georg Pirker, RGS Klagenfurt

Hansjörg Steinlechner, RGS Kufstein

Ingrid Weixlberger, RGS Steyr

VORSTAND:

VORSTANDSVORSITZENDER:

Dr. Herbert Buchinger

MITGLIED DES VORSTANDES:

Mag. Herbert Böhm

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE

DES VERWALTUNGSRATES

AUSLÄNDERAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Ingrid Novotny (Vorsitzende)

Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Dr. Siegfried Pfliegerl

Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Christoph Kainz

Wirtschaftskammer Österreich

Mag. Wolfgang Pfabigan

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Dr. Peter Hübner

Obmännerkonferenz der Arbeitgeberver-
bände der Land- und Forstwirtschaft

Dr. Irene Geldner

Mag. Kai Axel Biehl ab 13.11.97

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Josef Wallner

Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

Mag. Franz Friehs

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Mag. Herbert Aufner

Gewerkschaft Bau-Holz

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER:

Dr. Michaela Lobner (Vors.Stv.)

AMS Österreich

Dr. Fritz Miklau

Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Wolfgang Adametz

Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Wolfgang Tritremmel
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Dr. Friedrich Noszek
Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
Mag. Georg Ziniel
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Mag. Walter Gagawczuk
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Dr. Richard Leutner
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Bartholomäus Stix
Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

FÖRDERUNGSAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Walter Sitek (Vorsitzender)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich
Rudolf Kaske
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Pers. Dienst
Dr. Karl Muhr
Bundesministerium für Finanzen

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER:

Dr. Stefan Potmesil (Vors.Stv.)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Mag. Wolfgang Pfabigan
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Dr. Gernot Mitter
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Renate Dittmar
Gewerkschaft der Chemiearbeiter
Mag. Richard Gaus und Mag. Gabriele Posch, Mag. Gabriela Offner
Bundesministerium für Finanzen

FORSCHUNGSAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Mag. Helmut Höpflinger (Vorsitzender)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Dr. Alfred Duschanek
Wirtschaftskammer Österreich

Gerhard Prager
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE
MITGLIEDER:
Mag. Johannes Schweighofer (Vors.Stv.)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Dr. Georg Piskaty
Wirtschaftskammer Österreich
Mag. Dr. Michael Mesch
Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte

EDV-AUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Stefan Potmesil (Vors.)
Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Mag. Franz Friehs
Österreichischer Gewerkschaftsbund
Dr. Fritz Miklau
Wirtschaftskammer Österreich
Dr. Herbert Buchinger
AMS Österreich/Vorstandsvorsitzender
Mag. Herbert Böhm
AMS Österreich/Mitglied des Vorstandes
Heinz Rammel
AMS Österreich/Personalvertretung

KONTROLLAUSSCHUSS

MITGLIEDER:

Dr. Karl Muhr (Vorsitzender)
Bundesministerium für Finanzen
Prof. Ing. Peter Kotauczek
Firma Beko GmbH.
Rudolf Kaske
Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Pers. Dienst

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER: DES AMS

BURGENLAND

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Friedrich Gollubits
Landesgeschäftsführer des AMS
Burgenland

Mag. Franz Szöke
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Friedrich Wedorn
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und Burgenland
Mag. Josef Stiglitz
Wirtschaftskammer Burgenland
Mag. Gerhard Rathpoller
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Burgenland
Alfred Schreiner
Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER:

Mag. Helene Sengstbratl
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Burgenland und Niederösterreich
Ernst Peischl
Wirtschaftskammer Burgenland
Mag. Mario De Martin De Gobbo
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Burgenland
Anton Kerschbaum
Gewerkschaft Bau-Holz

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Friedrich Gollubits

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Mag. Franz Szöke

KÄRNTEN

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Mag. Josef Sibitz
Landesgeschäftsführer des AMS Kärnten
Franz Zewell
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Michael Stattmann
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Kärnten
Mag. Norbert Pucher
Wirtschaftskammer Kärnten
Dr. Winfried Haider
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Kärnten

Gerhard Hausenblas
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE
MITGLIEDER:
Mag. Paul Wieser
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Kärnten
Dr. Helmuth Lerch
Wirtschaftskammer Kärnten
Mag. Josef Bramer
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Kärnten
Othmar Krakolinig
Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:
Mag. Josef Sibitz
STELLVERTRETER DES
LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:
Franz Zewell

NIEDERÖSTERREICH
LANDESDIREKTORIUM:
MITGLIEDER:
Dr. Werner Homrighausen
Landesgeschäftsführer des AMS Nieder-
österreich
Mag. Karl Fakler
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Friedrich Wedorn
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und
Burgenland
Dr. Manfred Gründler
Wirtschaftskammer Niederösterreich
Mag. Robert Lehner
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Niederösterreich
Gerhard Posset
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE
MITGLIEDER:
Mag. Helene Sengstbratl
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Niederösterreich und
Burgenland
Mag. Martin Egger
Wirtschaftskammer Niederösterreich

Mag. Rudolf Schiessl
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Niederösterreich
Ing. Kurt Aust
Gewerkschaft der Privatangestellten NÖ
LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Werner Homrighausen
STELLVERTRETER DES
LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:
Mag. Karl Fakler

OBERÖSTERREICH
LANDESDIREKTORIUM:
MITGLIEDER:
Dr. Roman Obrovski
Landesgeschäftsführer des AMS
Oberösterreich
Dr. Rudolf Neidl
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Kurt Pieslinger
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Oberösterreich
Dr. Eduard Leischko
Wirtschaftskammer Oberösterreich
Mag. Gertraud Jahn
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Oberösterreich
Hubert Wipplinger
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE
MITGLIEDER:
Mag. Eva Schindlauer
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Oberösterreich
Dr. Othmar Brenner
Wirtschaftskammer Oberösterreich
Mag. Rudolf Moser
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Oberösterreich
Dr. Erich Gumplmaier
Österreichischer Gewerkschaftsbund
LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Roman Obrovski
STELLVERTRETER DES
LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:
Dr. Rudolf Neidl

SALZBURG
LANDESDIREKTORIUM:
MITGLIEDER:
Dr. Erwin Buchinger
Landesgeschäftsführer des AMS Salzburg
Siegfried Steinlechner
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Gerhard Heinrich
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Salzburg
Dr. Josef Oberrauch
Wirtschaftskammer Salzburg
Mag. Wilfried Bischofer
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Salzburg
Rupert Schindlauer
Österreichischer Gewerkschaftsbund
STELLVERTRETENDE
MITGLIEDER:
Peter Lindhuber
Fa. Porsche Salzburg
Dr. Klaus Rainer
Wirtschaftskammer Salzburg
Mag. Renate Böhm
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Salzburg
Gerhard Dobernig
Österreichischer Gewerkschaftsbund

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:
Dr. Erwin Buchinger
STELLVERTRETER DES
LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:
Siegfried Steinlechner

STEIERMARK
LANDESDIREKTORIUM:
MITGLIEDER:
Hans Kaiser
Landesgeschäftsführer des AMS Steiermark
Dr. Helfried Faschingbauer
Stv. des Landesgeschäftsführers
Dr. Arnold Url
Vereinigung d. Österreichischen Industrie
Landesgruppe Steiermark
Dr. Heinz Rothe
Wirtschaftskammer Steiermark

Dr. Peter Astner
Kammer für Arbeiter und Angestellte
Steiermark

Werner Albler

Österreichischer Gewerkschaftsbund

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER:

Dr. Thomas Krautzer

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Steiermark

Dr. Ingrid Kuster

Wirtschaftskammer Steiermark

Mag. Friedrich Koiner

Kammer für Arbeiter und Angestellte

Steiermark

Helmut Jaksch

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Hans Kaiser

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Dr. Helfried Faschingbauer

TIROL

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Heinrich Rohrmoser

Landesgeschäftsführer des AMS Tirol

Anton Kern

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Dietmar Bachmann

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Tirol

Dr. Peter Reiter

Wirtschaftskammer Tirol

KR Franz Fuchs

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Vertreter d. AK

Siegfried Astl

Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Pers.

Dienst

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER:

Dr. Norbert Ulf

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Tirol

Dr. Peter Trost

Wirtschaftskammer Tirol

Dr. Fritz Baumann

Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol

Horst Trutschnig

Gewerkschaft Chemie

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Heinrich Rohrmoser

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Anton Kern

VORARLBERG

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Dr. Werner Schelling

Landesgeschäftsführer des AMS Vorarlberg

Anton Strini

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dkfm. Joseph Feurstein

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Vorarlberg

Dr. Helmar Stefko

Wirtschaftskammer Vorarlberg

Mag. Heinz Peter

Kammer für Arbeiter und Angestellte

Vorarlberg

Franz Leikam

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER:

Mag. Edgar Kilian

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Vorarlberg

Dr. Helmut Steurer

Wirtschaftskammer Vorarlberg

Rudolf Zimmermann

Kammer für Arbeiter und Angestellte

Vorarlberg

Willibald Elisser

Gewerkschaft Bau-Holz

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Dr. Werner Schelling

STELLVERTRETER DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Anton Strini

WIEN

LANDESDIREKTORIUM:

MITGLIEDER:

Klaus Werner

Landesgeschäftsführer des AMS Wien

Dr. Ingeborg Friehs

Stv. des Landesgeschäftsführers

Dr. Thomas Oliva

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Ing. Josef Bitzinger

Wirtschaftsförderungsinstitut Wien

Josef Wallner

Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Bertl Stix

Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie

STELLVERTRETENDE

MITGLIEDER:

Mag. Christian Haunold

Vereinigung d. Österreichischen Industrie

Landesgruppe Wien

Dr. Walter Zeiler

Wirtschaftskammer Wien

Mag. Silvia Hofbauer

Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Dr. Dwora Stein

Gewerkschaft der Privatangestellten

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER:

Klaus Werner

STELLVERTRETERIN DES

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS:

Dr. Ingeborg Friehs

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Arbeitsmarktservice Österreich,

Treustraße 35-43, 1200 Wien.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Herbert

Buchinger, Mag. Herbert Böhm.

Redaktion: Dr. Gudrun Pallierer.

Photos: Petra Spiola.

Layout, Reinzeichnung und Satz:

medienhaus + partner, Klosterneuburg.

Druck: Salzburger Druckerei,

Bergstraße 12, 5020 Salzburg.

Erschienen im Juni 1998.

Der Geschäftsbericht 1997 wird auch auf

der Homepage des Arbeitsmarktservice

unter www.ams.or.at veröffentlicht.

